

Deutsche Rundschau

früher Ostdeutsche Rundschau

in Polen

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 820 Mt., monatlich 275 Mt. In den Ausgabestellen vierteljährlich 750 Mt., monatlich 250 Mt. Bei Postbezug vierteljährlich 825 Mt., monatlich 275 Mt. In Deutschland unter Streifenband monatlich 20 Mt. deutsch. — **Einzelnummer** 20 Mt. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auspostung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für Polen und Pommerellen die 34 mm breite Kolonellszeile 40 Mt., die 50 mm breite Kolonellszeile 150 Mt. Für das übrige Polen 50 bzw. 200 Mt. Ausland und Freistadt Danzig 4 bzw. 15 deutsche Mt. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50 %. Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich. — Offerten- u. Auskunftsgeld 50 Mt. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfach-Konto Stettin 1847.

Nr. 108.

Bromberg, Donnerstag den 8. Juni 1922.

46. Jahrg.

Der Sturz des Kabinetts Ponikowski.

Bölliges Schweigen über die Gründe zur Kabinettskrise und den scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Staatschef und dem Ministerium herrscht im Belvedere der P.A. und damit auch im polnischen Blätterwald. So kommt folgende Warschauer Meldung etwas überraschend:

Warschau, 6. Juni. Heute vormittag begab sich der Ministerrat nach dem Belvedere, wo eine Konferenz mit dem Staatschef stattfand. Die Konferenz fand in erregtem Tone statt. Der Staatschef hat die Demission des Kabinetts angenommen. Der Sejmarschall, den Ministerpräsident Ponikowski hierauf besuchte und dem er über den Verlauf der Konferenz beim Staatschef Bericht erstattete, berief den Seniorenkongress für morgen mittag 12 Uhr zu einer Sitzung ein.

Hierzu schreibt die „Niezapomniana“ (vom 6. Juni):

„Gestern vormittags sollte, wie bereits gemeldet, im Belvedere eine Sitzung des Ministerrats unter Beteiligung des Staatschefs stattfinden, um die Meinungsverschiedenheiten, die während der Freitagssitzung entstanden waren, endgültig beizulegen. Laut Nachrichten aus Regierungskreisen, die uns am Sonntag mitgeteilt wurden, schien die Angelegenheit bereits geregelt zu sein, und kam die Frage des Rücktrittsgesuchs des Ministeriums, das am Freitag eingereicht wurde, nicht mehr in Betracht. Inzwischen aber hat die für heute anberaumte Sitzung des Ministerrats nicht stattgefunden, dagegen aber wurde gegen Mittag bekanntgegeben, daß der Staatschef die Demission des Ministerkabinetts angenommen habe. Von dem Rücktritt der Regierung setzte Ministerpräsident Ponikowski den Sejmarschall gegen 1 Uhr nachmittags in Kenntnis, worauf dieser für Mittwoch 12 Uhr mittags eine Sitzung des Seniorenkongresses einberief.“

Dem Ministerrat wurde die Annahme seiner Demission auf die Weise mitgeteilt, daß, als er nach einer kurzen Beratung im Präsidium sich im vollen Besitze nach dem Belvedere begab, um an der anberaumten Konferenz teilzunehmen, dort erfährt, daß seine Demission vom Staatschef angenommen worden sei. Hierauf kehrte der Ministerrat nach dem Präsidium zu einer weiteren Beratung zurück.

Der Ministerrat schloß seine Sitzung gegen 1 Uhr mittags. Die nächste Sitzung zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten findet am Mittwoch um 5 Uhr nachmittags statt. Die Reise des Ministerrats nach Pozz wurde aufgegeben.

Das deutsche Volksschulwesen in Polnisch-Oberschlesien.

Für die Bedürfnisse der deutschen Minderheit auf dem Gebiete des öffentlichen Volksschulunterrichts ist — wie wir einer Zusammenfassung der „Kattow. Ztg.“ entnehmen — nach dem Genfer Abkommen in vierfacher Weise zu sorgen:

1. durch Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache (Minderheitschulen),
2. durch Volksschulklassen mit deutscher Unterrichtssprache (Minderheitsklassen),
3. durch Les- und Schreibunterricht, sowie
4. durch Religionsunterricht in deutscher Sprache.

Das wichtigste und bedeutsamste Mittel zur Erhaltung des deutschen Volkstums in Polnisch-Oberschlesien ist die öffentliche deutsche Minderheitschule. Sie ist auf Antrag eines polnischen Staatsangehörigen zu errichten, der durch die Eltern oder gesetzliche Vertreter von wenigstens 40 staatsangehörigen Kindern deutscher Nationalität unterstützt wird. Die Kinder müssen im schulpflichtigen Alter stehen, zum Besuche der Volksschule bestimmt sein und demselben Schulverbande angehören. Gehören wenigstens 40 dieser Kinder derselben Konfession oder Religion an, so ist für sie auf Antrag eine Minderheitschule mit entsprechendem konfessionellem Charakter einzurichten. Minderheitsklassen im Rahmen einer sonst polnischen Volksschule sind zu errichten, wo nach Lage des Falles die Errichtung einer Minderheitschule nicht angebracht ist; wenn also weniger als 40 deutsche Schüler innerhalb eines Schulverbandes vorhanden sind.

Deutscher Les- und Schreibunterricht ist auf Antrag eines polnischen Staatsangehörigen zu erteilen, wenn dieser durch die gesetzlichen Vertreter von mindestens 18 staatsangehörigen Schülern deutscher Nationalität unterstützt wird. Gehören 12 dieser Schüler derselben Konfession oder Religion an, so haben sie auf Antrag deutschen Religionsunterricht zu erhalten.

Den Anträgen ist sobald als möglich stattzugeben, spätestens aber zu Beginn des auf den Antrag folgenden Schuljahres, falls dieser mindestens neun Monate vor Beginn des Schuljahres gestellt ist. Die polnische Regierung hat es übernommen, dafür zu sorgen, daß der Unterricht der deutschen Kinder in ihrer Sprache, soweit für sie Minderheitschuleinrichtungen vorgezeichnet sind, nicht unterbrochen wird, es sei denn, daß dies aus Gründen der Schulpflichtverwaltung nicht möglich ist. Die Aufhebung der Minderheitschuleinrichtungen darf erst erfolgen, wenn ihre Schülerzahl in drei aufeinander folgenden Schuljahren hinter den erforderlichen Zahlen zurückbleibt. Sie ist aber schon nach Ablauf eines Schuljahres zulässig, wenn die Kinderzahl ununterbrochen geringer war, als die Hälfte der vorgezeichneten Mindestzahl. Bei Aufhebung der Schuleinrichtungen steht es der deutschen Minderheit frei, sie als Privateinrichtungen fortzuführen. Wo die Verhältnisse es gestatten, sollen Räume, Lehr- und Lernmittel den Minderheiten weiter zur Verfügung gestellt bleiben.

Die Schuleinrichtungen der deutschen Minderheit werden nach denselben gesetzlichen Grundsätzen erhalten, wie die übrigen öffentlichen Volksschulen, die Staatsbehörde hat von Staatswegen für ihre Unterhaltung zu sorgen. Zur Teilnahme an der Schulverwaltung ist für jede Minderheitschule oder für die Minderheitsklassen eine Schulkommission einzurichten, die in angemessener Weise an der Verwaltung der Minderheitschulen beteiligt ist und auch eine Mitwirkung bei der Verwendung der für die Minderheitschuleinrichtungen bestimmten Mittel zu beanspruchen hat. Die Mehrheit dieser Kommission ist von den Erziehungsberechtigten zu wählen. Der Schulkommission ist auch vor der Anstellung der Lehrer ausreichende Gelegenheit zur Äußerung von Wünschen über die Person der Anzustellenden zu geben. Entspricht die staatliche Schulbehörde nicht den Wünschen der Schulkommission, so hat sie ihr in der Regel auf Antrag die Gründe für die Entscheidung mitzuteilen.

Um die für die Minderheitschuleinrichtungen erforderliche Anzahl deutscher Lehrer bereitzustellen, hat die polnische Regierung Anstalten zur allgemeinen wissenschaftlichen Ausbildung deutscher Volksschullehrer in erforderlicher Anzahl zu errichten. Grundsätzlich müssen an der Minderheitschule deutsche Lehrer angestellt werden, die die Sprache der Minderheit vollkommen beherrschen. Erforderlichenfalls sind für diese Lehrer Sprachkurse einzurichten. Die Befähigung zur Anstellung als Lehrer an einer öffentlichen Volksschule des Deutschen Reiches genügt zur Verwendung im Dienste der deutschen Minderheitschule in Polnisch-Schlesien. Zur Anstellung an einer öffentlichen Volksschule aber darf der Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit gefordert werden.

Politik und Kanzel.

Unter obigem Titel lesen wir in Nr. 149 des „Robotnik“ aus Chelm:

Die örtlichen Geistlichen halten gegenwärtig in den Kirchen statt Predigten dauernd politische Reden. In den letzten Wochen vor Ostern hielt ein Geistlicher des Jesuitenordens in der Kirche eine Predigt, in der er die Sozialisten und die Volkspartei, besonders aber deren Führer, angriff und ihnen den Vorwurf machte, daß „sie nicht an Gott glauben“. Er agitierte dafür, daß in den nächsten Sejm nur solche Menschen gewählt werden sollten, die an Gott glauben und sprach die Ansicht aus, daß nur Geistliche und von diesen gewählte Personen Abgeordnete sein dürften. Dagegen sprach der Jesuitenpater kein Wort darüber, wie viele Angelegenheiten der Klerus im Sejm dem Volke verdrückt und wie oft er gegen den Willen seiner Wähler stimmt!

Während der Feier des 3. Mai, nach dem Feldgottesdienst, hielt der Jesuitenpater Antoniowicz wieder eine politische Predigt. Er äußerte sein großes Bedauern darüber, daß unsere Verfassung derjenigen des 3. Mai nicht mehr ähnlich sei, also vor allem der katholischen Kirche nicht die Rechte einer herrschenden Religion (!) sichere, sondern die Gleichberechtigung der Religionen einführt. Nach Ansicht des Jesuitenpaters hat keine der Teilmächte die katholische Kirche so bedrückt wie die polnische Regierung in ihrem gesamten Bestande.

Diese gegenstaatliche Agitation seitens eines Pfarrers anlässlich des Nationalfeiertages unter Jugend, Militär und dem Volk betrieben, hat alle Versammelten aufs Tiefste empört. Man konnte beobachten, wie sich das Volk nur mit Mühe beherrschte, um auf diese schamlosen Ausführungen des Jesuitenpaters nicht zu reagieren.

Nach beendeter Predigt wurde keine Stimme laut, obgleich in ähnlichen Fällen die Versammelten dem Pfarrer gewöhnlich mit einem „Vergelt's Gott“ danken. Das allgemeine herrschende Schweigen war eine bezeichnende Antwort der Chelmer Bevölkerung auf die Verhöhnung der polnischen Regierung.

Es ist die höchste Zeit, so schließt der „Robotnik“ seinen Bericht, daß sich die Regierung mit dieser Anarchie der Jesuiten befaßt, die sich besonders in den Grenzgebieten immer schamloser Experimente erlaubt.

(Politische Predigten gegen die Minderheiten sind leider noch häufiger. Die berühmtesten Kanzelredner dieser Art sind Gogolewski und Autoslawski, die leider ihre Zügel auch in Großpolen haben, sehr zum Leidwesen jener wahren Diener der Kirche und ihres göttlichen Stifter, die den Frieden verkündigen. D. Red.)

Entdeutschungsgefahren.

In der Eröffnungsversammlung der Allensteiner Schutzbundtagung hielt Dr. von Zoesch, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Schutzbundes, einen Vortrag über Entdeutschung und Abwehr. „Wir müssen uns vergegenwärtigen“, führte der Redner aus, „daß von den hundert Millionen Deutschen, die es auf der Welt gibt, nur sechzig Millionen im Reich und von diesen etwa 20 Millionen in den Grenzbezirken wohnen. Weitere 16 Millionen wohnen in zusammenhängenden Sprachgebieten in fremden Staaten, weitere 7 Millionen im sonstigen Europa, insbesondere in den Nachfolgestaaten Rußlands und Österreichs. So sehen wir, daß 60 Millionen Binnendeutschen 43 Millionen gefährdete Grenz- und Auslandsdeutsche gegenüberstehen. Daraus allein können wir die Größe der Aufgabe des Deutschen Schutzbundes ermessen. Es sind hier die Vertreter aus den Grenzgebieten Schlesiens, des Rheinlandes, der Saar, der Pfalz, des bayerischen und des böhmischen Landes, Sachsens, Oberschlesiens, Ostpreußens, Pommerns und der Kolonien erschienen. Aus den abgetrennten Gebieten sehen wir Vertreter aus Schleswig, Eupen und Malmedy, Elsaß-Lothringen, Vertreter aus dem Osten, Südpolen, Estenmark, aus Polen, Westpreußen, Danzig und Memel, ferner aus Rumänien, Ungarn, Konstantinopel, Galizien, Lettland, Litauen und Rußland. Außerdem begrüßen wir Freunde aus Schweden und freuen uns, daß sie mit uns das Bekenntnis nicht zum Pan germanismus, sondern zum Allgermanismus ab-

Danziger Börse am 7. Juni.

(Börsennotiz Stand um 10 Uhr vorm.)

Poln. Mark 7,20

Dollar 290

Ämtliche Devisenkurse des Vortages siehe Handels-Rundschau.

legen. Die Entdeutschungsgefahr ist besonders von den bisher feindlichen Staaten und unseren Nachbarvölkern zu erwarten. Der Schutzbundgedanke der parteilosen Selbsthilfe ist so einfach, aber doch ebenso schwer durchzuführen. Wir müssen daher in nüchternster Abwägung und Zielstellung danach streben, mit unseren schwachen Kräften alles Mögliche zu erreichen. Wir können eine gemeinsame Methode unserer Feinde zu unserer Schädigung erkennen. Daher gehört zunächst die einseitige Kriegsschuld-Propaganda, auch die Propaganda mit religiösen Fragen spielt eine große Rolle. Außer diesen gemeinsamen Methoden haben wir noch besondere Methoden der kinderarmen Völkerverteidigung Frankreich und Belgien sowie der kinderreichen Völker Polen und Südslawen zu erwarten. Was können wir Deutsche zur Abwehr tun? Wir können uns nur durch Selbsthilfe, durch Formung des ganzen deutschen Volkes zur Nation helfen. Als Abwehr gegenüber allen Abplitterungsversuchen kann es nur eine internationale Hilfe geben, nämlich den Zusammenschluß aller unterdrückten Völker. Der Völkerbund muß es gelingen, einen Schutz der Minderheiten und die Schaffung eines Minderheiten-Gesetzes durchzusetzen. Wir müssen eine Selbsthilfe-Organisation für das Selbstbestimmungsrecht der Völker schaffen. In vielen Abstimmungsgebieten haben wir Erfahrungen gesammelt und wissen, daß Organisation und Geld nicht helfen können, wenn der Geist der Einigung fehlt. Opferwilligkeit der Nation wird eine schönere Zukunft bieten.“

Die internationalen Garantien für die Rechte der nationalen Minderheiten.

Es gibt Männer in Polen, die sich darüber erregen, daß recht ansehnliche nationale Minderheiten in unserem Staate leben, die aber völlig außer Fassung geraten, wenn diese unterdrückten Minderheiten ihre Not dem Urteilsspruch der Welt unterbreiten. Es finden sich sogar hochgestellte polnische Juristen, die vom Hochverrat reden, wenn das bedrängte Opfer aufschreit bei der nicht mehr ertragbaren fremden Gewalt. Und dabei hat sich Polen im 12. Artikel des Minderheitenschutzvertrages ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß in dem Umfange, in dem die Bestimmungen der vorstehenden Artikel Personen betreffen, die Minderheiten der Rasse, der Religion oder der Sprache angehören, diese Bestimmungen (des bekannten Minderheitenschutzvertrages) Verpflichtungen von internationalem Interesse bilden und daß sie unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden.“

Die weite und gewichtige Kreise über die internationalen Garantien denken, mag ein sehr lehrreicher Artikel des „Kurjer Powszeczny“ (Nr. 126), der auch unsere Überschrift trägt, verdeutlichen:

„Wie wir schon mitgeteilt haben, soll am 4. Juni in Prag eine Tagung der Internationalen Vereinigung der Freunde des Völkerbundes stattfinden. Diese Tatsache muß Polen interessieren, weil diese Vereinigung, die in allen Staaten verbreitet und von internationalen Logenmitgliedern durchsetzt ist, in nahen Beziehungen zum Völkerbundrat steht und hinter den Kulissen auf den Völkerbundrat wie auch auf die einzelnen Mächte allerlei Einfluß ausübt. Dieses Interesse muß um so stärker sein, als seit längerer Zeit Gegenstand der Besprechungen auch das Problem der Minderheiten in den einzelnen Staaten ist. Bekanntlich sind noch vor dem Kriege diese Dinge ausschließlich als innerpolitische Probleme behandelt worden. So wurde wenigstens die polnische Angelegenheit angesehen. Die einzelnen Staaten und internationalen Institutionen dachten nicht daran, gegen das politische System uns gegenüber zu protestieren, um so weniger, als das Bestehen Polens für die internationalen Kreise, wenn auch nicht unerwünscht, so doch jedenfalls gleichgültig war.“

Die Verhältnisse haben sich erst durch den Krieg von Grund aus geändert. Der im Versailles Vertrag zum Staig gelangte nationale Standpunkt brachte einerseits die Anerkennung der nationalen Rechte mit sich, andererseits veranlaßte er jedoch einen gewalttätigen Zusammenstoß der Kreise, denen die Durchführung dieser Gedanken höchst unerwünscht war, da sie ihre Pläne und Absichten durchkreuzte. Deshalb schuf man, um ein Gegengewicht zu haben, Institutionen, die um so mehr die internationalen Rechte betonten. Nicht zufrieden mit der Gründung des Völkerbundes, versuchte man in sehr schlaue Weise einen Keil mit dem anderen auszuwerfen. Man schmiedete die Doktrin von der Notwendigkeit internationaler Garantien und des Schutzes des Bevölkerungsanteiles, der als nationale Minderheit in einem anderen Staat übergeht. Der Hauptfaktor, der an einer solchen Gestaltung gelegen war, waren die Juden. Und sie sind auch, wie schon öfter gezeigt, die Urheber der ersten Verwirklichung dieses Gedankens in den bekannten Paragraphen über die Minderheiten. Man hat diese Bestimmungen nur über die neuerstandenen und schwachen Staaten verhängt, d. h. über Polen, Rumänien, Tschechen und Jugoslawien. (Ist Polen wirklich ein schwacher Staat? D. Red.)

Die Verhältnisse dieser Verhandlungen sind unter die Garantie des Völkerbundes gestellt, der auf diese Weise, als führende internationale Institution das Recht erhielt, sich in die inneren Angelegenheiten der betreffenden Staaten einzumischen. Doch damit nicht genug. Die genannte Vereinbarung der Freunde des Völkerbundes hat sich zum Ziel gesetzt, den Rahmen zu erweitern, innerhalb dessen die Einmischung möglich ist. Und gerade diese Fragen bildeten

u. a. den Gegenstand der Besprechungen in Wien, Brüssel und München, die das Material für die Tagung am 4. Juni in Prag vorbereitet haben. Auf der Konferenz des Generalrates der Vereinigung in Wien, Oktober 1921 — zur selben Zeit hielt dort auch der Kongress der nationalen Minderheiten Besprechungen ab — wurde eine besondere Kommission für die Rechte der nationalen Minderheiten gebildet. Es wurde beschlossen, die Rechte der Minderheiten zu bearbeiten und dem Völkerbunde zur Verfügung vorzulegen. Die erste Sitzung dieser Konferenz fand am 19. und 20. Januar in Brüssel statt. Es wurde beschlossen, daß die Hauptaufgabe der Vereinigung die Vollständigung der in den Friedensverträgen nicht gehörig festgesetzten Rechte der Minderheiten sein müsse. Es wurde auch beschlossen, auf den künftigen Konferenzen Vertreter der einzelnen Minderheiten zu Worte kommen zu lassen. So sind denn auf der zweiten Konferenz im April in München Vertreter der Deutschen in Polen erschienen, nämlich Herr Naumann, der Vorsitzende des Deutschbundes, der Sejmabgeordnete Hasbach und der Vertreter der deutschen Arbeiter in Polen, Knobelsohn. Es muß festgesetzt werden, daß sie während der Sitzung nicht nur über die Lage der Deutschen berichtet haben, sondern auch über die Lage der anderen Minderheiten in Polen. Wir können uns vorstellen, wie die Informationen ausgefallen sind.

Alle diese Sitzungen müssen als Vorbereitungen für die Prager Tagung angesehen werden. Auf ihr werden Angelegenheiten der Minderheiten zur Sprache kommen, die sich zum größten Teil auf die zahlreichen Erklärungen, Klagen und persönlichen Äußerungen ihrer Vertreter stützen. Die einzelnen Vertreter des internationalen Gedankens werden diese Dinge zur kräftigsten Stützung der Rechte der nationalen Minderheiten auf internationale Garantien stützen. Das ist das wichtigste praktische Problem; denn erst die internationale Garantie wird die Bedeutung der Frage sichern. Von den Entwürfen, die in Wien aufgetaucht sind, und in Prag behandelt werden sollen, verdient besondere Aufmerksamkeit der Entwurf, in jedem Staate eine besondere Kommission des Völkerbundes für die Rechte der Minderheiten einzurichten. Das ist für Polen, das mit Kommissionen des Völkerbundes — siehe die Wiener Angelegenheit und die Tätigkeit der Mission des Herrn Chardigny — sehr schlechte Erfahrungen gemacht hat, ein unannehmbarer Entwurf. Eine derartige Kommission könnte viel mehr zur Verschärfung der Nationalitätenverhältnisse beitragen, als zu ihrer Lösung. Ein anderer Vorschlag, der in Form einer Resolution auf dem Soziologen-Kongress in Turin angenommen wurde, sieht in jedem Staate mit nationalen Minderheiten die Gründung eines Tribunals vor, das sich aus drei Vertretern der Minderheit und drei Vertretern der herrschenden Nation zusammensetzt. Von den Entscheidungen dieses Tribunals könnte man an das internationale Rechtstribunal im Haag appellieren. Auch dieser Vorschlag würde, obwohl er scheinbar viel vernünftiger ist, in der Praxis zu internationaler Rechtsprechung führen. Man muß nämlich zweifeln, ob gegenüber den übertriebenen Forderungen der Deutschen, Juden usw. in Polen irgendeine Entscheidung erster Instanz Erfolg haben bzw. von den betreffenden Minderheiten anerkannt werden würde. Zudem erfreut sich der erste Vorschlag, der viel weiter geht, der Unterstützung der Minoritäten selbst. Es ist klar, daß diese Vorschläge, und gegebenenfalls ihre Annahme durch die Vereinigung der Freunde des Völkerbundes noch nicht ihre Einführung in die Praxis verbürgt. Aber schon ihr Auftauchen zeigt deutlich die Richtung, in der der internationale Gedanke in Europa arbeitet. Ihre Verwirklichung würde der Zerstörung des Hauses eines nationalen Staates und weiterhin der Souveränität des Staates gleichkommen. Man muß auch erwarten, daß, wenn die Vereinigung in Prag irgendwelche Beschlüsse machen sollte, sie alles daran setzen wird, auch ihre Annahme bei dem Völkerbunde durchzusetzen, und dann wäre die Situation schon ernster. Deshalb ist es für die polnische Politik von Bedeutung, sich genau mit diesen Strömungen bekannt zu machen.

Wir begreifen es außerordentlich, daß unsere Freunde vom „Kurjer Powszaki“ so ausgezeichnet über die Bestrebungen der nationalen Minderheiten und die internationalen Garantien orientiert sind. Wir zittern in diesem Zusammenhang auch gern einen Abschnitt aus dem Begleit-schreiben des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zu dem oben genannten Minderheiten-schutzvertrag, in dem dessen Garantien begründet werden, so daß wir Deutsche uns voll und ganz auf diese dem „Kurj. Powszaki“ doch gewiß sehr angenehme Stimme berufen können. Clemenceau schreibt da wörtlich:

Heimkehr.

Von Victor Augustin Brodowski.

Der Frühling ist über die Steppe gezogen und hat ihr ein grün-goldenes Gewand geschenkt, frisches grünes Gras überfüllt von kleinen goldenen Blumen. Sonnenüberflutet dehnt sie sich in unermeßliche Weiten, nur hier und da unterbrochen von den Stanken der Kosaken. Durch die große Stille, die über der Steppe liegt, dringt zuweilen der Schrei eines von den großen Bergen kommenden über die Steppe hinstreichenden Adlers. Und wieder Stille... Lautlos wälzt auch der Fluß seine trägen braunen Wellen zwischen den lehmigen Ufern.

Kornett Boris Blamow reitet ganz langsam auf dem entlaufenen dem Fluß führenden Wege nach Süden. Sein Blick ruht auf der von der ersten Kindheit an vertrauten Steppe. Heute reitet er zum letzten Male über den Heimatboden. Er atmet tief, und wofür empfindet er den eigenartigen riechen, mischt Geruch der Steppenluft, nach dem er sich krank gesehnt hat all die Jahre, die er fern von der Heimat verbracht.

Eine dunkle Erhebung zeichnet sich am Horizont ab und der Kornett weiß, nun ist er halb am Ziel, dort drüben ist der Wald und hinter dem Walde liegt das Gut... Und von der Veranda des Gutshauses da sieht man schon deutlich die weichen blauen Linien der großen Berge im Süden. Er erinnert sich deutlich der Schauer von Entsetzen und Interesse, die er empfunden bei den Erzählungen der Njania von den Riesen und Zwergen, die tief drin in den Bergen wohnen, Gold und Edelsteine bewachen, und den wilden Bergbewohnern, die gern kleine Kinder rauben. Und so oft er auch später in die Berge gekommen ist, die Vorstellung einer Märchenwelt jenseits der Berge blieb mit dem heißen Verlangen, einmal in dieses Märchenland zu gelangen.

Nun reitet der Kornett durch den Wald, der Eichelhäger läßt seinen Warnruf erschallen und aus dem Wald-innern tönt das Bröden von Unterholz, dort geht wohl ein Kelter ab, denn die frische Fährte eines solchen führt quer über den Weg.

Vor ihm liegt der Gutshof, unverändert wie im Frieden. Wunderbarerweise ist er von den Kriegswirren verschont geblieben. Im weiten Umkreis umgeben Herrenhaus und Wirtschaftsgebäude den großen Hofplatz. Die Erde in seiner Mitte deckt ein erster harter Wäterschleier. Kein Mensch ist zu sehen. Blamow reitet zum Gartengrund, steigt ab und bindet die Stute an einen Pfosten. Dann geht er auf das

„Es ist eine neue Lage, welche die Mächte jetzt in Erwägung zu ziehen haben, und die Erfahrung hat gezeigt, daß neue Bestimmungen notwendig sind. Die Gebiete, welche jetzt an Polen und andere Staaten übergehen, umfassen unvermeidlicherweise eine beträchtliche Bevölkerung, welche andere Sprachen spricht und anderen Rassen angehört, als diejenige des Volkes, welchem sie einverleibt werden. Unzulänglichweise sind diese Rassen durch bittere und lange Jahre hindurch getrennt gewesen. Es ist anzunehmen, daß diese Völker sich leichter in ihre neue Lage finden werden, wenn sie von Anfang an wissen, daß sie versichert sind, beschützt und tatsächlich bewahrt zu sein gegen jedes Risiko einer ungerechten Behandlung oder Unterdrückung. Die einfache Tatsache, zu wissen, daß diese Garantien vorhanden sind, wird hoffentlich auskömmlich die von allen gemüßigte Verständigung erleichtern und in der Tat dazu beitragen, es zu verhindern, daß es notwendig sein könnte, sie mit Gewalt durchzuführen.“

Die Hoffnunga trug, Herr Clemenceau! Die versprochenen Besicherungen an unsere eigenen Behörden blieben unerhört, der Minderheitenschutzvertrag wurde oft gebrochen. Wie sollte das anders sein, solange der „Kurjer Powszaki“ und seine Gefährten bemüht sind, dem polnischen Volk alle Richter des Verstandes auszudrehen und aus einem Nationalitätsstaat, der wohl leben könnte, einen Nationalstaat machen wollen, der wie jede Vergewaltigung und Lüge zerbrechen kann.

Republik Polen.

Der Staatschef in Bukarest.

Dem Besuche des Marshalls Pilsudski in Bukarest widmeten die Zeitungen in Bukarest Artikel, in denen sie der Hoffnung Ausdruck gaben, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Rumänien sich hierdurch noch mehr verengen möchten.

Polen im internationalen Schiedsgericht im Haag.

Wie das „Journal de Pologne“ erfährt, ist der polnische Gesandte in Holland, Wierusz Kowalski, zum Mitglied des Verwaltungsrates des internationalen Schiedsgerichts im Haag gewählt worden.

Kandidaten für den vorläufigen ober-schlesischen Wojewodschafsrat.

Vom Wojewoden für Oberschlesien wurden als Kandidaten für den vorläufigen ober-schlesischen Wojewodschafsrat in Vorschlag gebracht: 3 Mitglieder der Nationalen Arbeiterpartei (N. P. A.), 3 Mitglieder der polnischen sozialistischen Partei (P. P. S.), 2 Mitglieder der polnischen Volkspartei (P. S. L.), 2 Mitglieder der christlichen Volkspartei (Ch. S. L.), 5 Parteiloze und nachstehende (5) Deutsche: Dr. Piprek, Redakteur der „Oberschlesischen Volkspartei“, Bernhard Janowski, Sekretär des deutschen christlichen Metallarbeiterverbandes (Zentr.), Wachmann, Zindfleisch, Max Sabasch, Gürtelwerkstoffdirektor, Sipser, Fabrikant aus Bielitz (Teichen).

Neue Schwierigkeiten in Oberschlesien.

In Sachen des Termins der Übernahme der Verwaltung in Oberschlesien sind unerwartete Schwierigkeiten eingetreten. Der Vorkommerrat sprach nämlich den Wunsch aus, daß nach der Ratifizierung des Genfer Abkommens noch ein Zusatzabkommen in Sachen der Beibehaltung der deutschen Gesehe in Oberschlesien abgeschlossen werden soll. Das Abkommen soll dahin gehen, daß die deutschen Gesehe, die in Deutschland während der Herrschaft der interalliierten Kommission in Oberschlesien in Kraft traten, auch nach der Übernahme des polnischen Teiles Oberschlesiens durch Polen in diesen Gebieten Rechtskraft behalten. Außerdem sind aber auch Schwierigkeiten formeller Natur eingetreten. Es handelt sich nämlich darum, ob das Zusatzabkommen gleichfalls ratifiziert werden muß oder nicht. Diese Frage unterliegt augenblicklich der Prüfung der beiden Bevollmächtigten. Sollte die Ratifizierung des Zusatzabkommens erforderlich sein, so würde die Übergabe Oberschlesiens eine Verzögerung erfahren, da die Ratifikation durch die Parlamente beider Länder erfolgen müßte.

Das Ergebnis der Danina.

Der Finanzminister gibt bekannt, daß sich die bis zum 20. Mai an den Raffen erfolgten Danina-Zahlungen auf 50 676 709 000 polnische Mark belaufen. Das sind 63,3 Prozent der von ihm angenommenen Summe von 80 Milliarden Mark.

Deutsches Reich.

Das Scheidemann-Attentat.

Über das Attentat, das auf Scheidemann verübt wurde, werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt: Scheidemann ging mit seiner Tochter und seinem Enkelkinde im Wald bei Wilhelmshöhe spazieren. Plötzlich trat ein Mann auf ihn zu und warf ihm einen Gummi-ball ins Gesicht, der mit einer zunächst nicht feststellbaren Flüssigkeit gefüllt war. Der Mann ergab sich sofort der Flucht. Scheidemann feuerte erst einen, dann einen zweiten Revolver schuß hinter ihm her, wurde bewußtlos und brach zusammen. Nach einer Viertelstunde kam er durch die Bemühungen eines zufällig im Walde spazierenden gebenden Arztes wieder zur Besinnung. Der Arzt stellte fest, daß der Inhalt des Balles nur Blausäure sein konnte, da irgendeine ätzende Wirkung nicht auftrat, sondern lediglich Vergiftungserscheinungen sich zeigten. Das genaue Ergebnis der chemischen Untersuchung, die in Kassel vorgenommen wird, steht noch aus. Die Spur des Täters wurde durch Polizeihunde sofort aufgenommen, bisher jedoch ohne Erfolg. Nach den Beschreibungen Scheidemanns und seiner ihn begleitenden Angehörigen gehörte er dem Äußern nach den besseren Ständen an. Am Ort der Tat hat er einen schweren Vergiftung zurückgelassen. Es ist weiter festgestellt worden, daß er sich am Bahnhof Wilhelmshöhe eine Karte nach Wabern gelöst hat. Ob er wirklich den Zug benutzt hat, ließ sich bisher nicht ermitteln. Der Polizeipräsident hat zunächst eine Belohnung von 5000 Mark auf seine Ergreifung ausgesetzt. Allgemein und den Umständen nach wohl auch mit Recht nimmt man an, daß der Täter aus politischen Motiven gehandelt hat. Die sozialdemokratischen Parteien haben für Mittwoch bereits große Demonstrationen versammelt.

Eine neue Sekrede Poincarés.

Der französische Ministerpräsident hat anlässlich der Feierlichkeiten in Verdun am ersten Pfingstfesttag eine längere Rede über die Wiederherstellung der Herabsetzung der für die Wiederherstellung festgesetzten Summe. Frankreich müsse eine Macht unterhalten, um sie in den Dienst seiner gerechten Forderungen zu stellen. Frankreich hätte gegenüber Deutschland den Beweis einer außerordentlichen Mäßigung gegeben und stets die allerfriedlichsten Absichten gehabt. 24 Millionen Frances hätten die Franzosen schon für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete bezahlt. Die Bevölkerung habe ein Recht, das zu verlangen, was Deutschland ihr versprochen habe. Die besiegten Völker dürften nicht ungestraft derartige Verpflichtungen verlegen. Wenn der Frieden Deutschlands gestatten würde, sich auf Kosten Frankreichs zu bereichern (die Sache liegt doch wohl genau umgekehrt), dann würde die Sache, die die Vereinigten Staaten und Frankreich zusammen verfolgten hätten, eine Niederlage erleiden, und das wäre für Frankreich der Ruin und eine Erniedrigung.

Der „edle“ Lord Northcliffe hat sich bereits inognito nach Deutschland begeben und seinem Vertreter in Köln erklärt, die Rheinlande seien so wohlhabend, wie nur irgendein anderes Land der Welt, besonders stelle ihm die geringe Zahl der Arbeitslosen und die hohe Zahl der Geburten auf. Ferner habe die musterhafte Haltung der Besatzungsstruppen die Deutschen für die Ausländer ausnehmend gemacht. Sichtbar ist Pfingstsonntag abend in Berlin eingetroffen.

Aus anderen Ländern.

Das neue österreichische Kabinett.

Offiziell wird gemeldet, daß das neue österreichische Kabinett sich aus folgenden Männern zusammensetzt: Seipel Kanzler, Grünberger Minister des Äußeren, Frank Minister des Innern, Graf Segur Finanzminister.

Russisch-japanische Verhandlungen.

Wie der Moskauer Vertreter der „Frankf. Ztg.“ erzählt ist die Sowjetregierung in Verhandlungen mit Japan getreten. Nachdem während der Konferenz von Genua in dieser Hinsicht bereits eine Fühlungnahme stattgefunden hat, ist jetzt von Moskau aus ein Vertreter nach dem fernen Osten entsandt worden. Rußland strebt eine Verständigung mit Japan an, stellt jedoch als Bedingung, daß Japan die Republik des

Haus zu. Zu beiden Seiten der Veranda stehen zwei Aprikosenbäume im rosa Blütenkleide. Und nun geht die Tür auf, und in den sonnigen hellen Blütentag tritt eine Fischerkellnerin heraus. Sie ist schön, und ihre dunkle Schönheit wirkt wunderbar beklemmend in der leuchtenden Frische dieses Frühlingstages.

Jetzt stehen sie sich gegenüber, und der Kornett faßt ihre Hand.

„Wer bist du?“

„Ich helfe der Wirtin das Haus in Ordnung halten, Boris Petrowitsch.“

„Kennst du mich denn?“

„Gewiß, ich habe dich jedesmal gesehen, wenn du aus dem Norden auf Urlaub kamst.“

In ihren dunklen Augen leuchtet etwas auf, ihre Brust unter der bunten Stickerei hebt sich ihm entgegen, ihre Lippen sind halb geöffnet. Da zieht Blamow sie auf die vom Blütenkneue der Aprikosenbäume bedeckte kleine Bank und vergißt in den Armen und an den Lippen des Mädchens alles andere: die Bolschewisten, den Zusammenbruch der weißen Armee, alle Schrecken des endlosen Rückzuges und den Zwang seines Hierseins.

Die Lippen des Mädchens lösen sich von den seinen.

„Ich habe dich schon immer geliebt, aber du hast mich nie angesehen.“

„Wart du hier auf dem Hof?“

„Nein drüben im Aul (Fischerkessendorf), aber ich kam oft hierher.“

„Ich war blind, wie heißt du?“

„Tamara. Aber jetzt bleibst du immer hier und reitest nicht mehr fort?“

„Nein, nun bleibe ich immer hier“, der Kornett sagt es langsam, schleppend, denn nun ist die Erinnerung wieder da, und er weiß, daß hinter ihm sind die Bolschewisten und er ist nur hergekommen, um zu Haus zu sterben.

Und er wiederholt nochmals: „Ich bleibe jetzt immer hier.“

Ein Windhauch streicht durch die Bäume und streut Blütenblätter in Tamaras schwarzes Haar. Und während Boris Blamow die Blüten aus dem Äppgen verewählten Haar entfernt und Tamara ihn fragend und bittend ansieht, hört er Schüsse; er wendet den Kopf und sieht eine Bolschewistenpatrouille aus dem Walde auf den Hof reiten. So hat er sich das auf dem Ritt hierher vorgestellt, hier auf dem väterlichen Hofe sollten sie ihn finden und erschlagen.

Doch wie er sie nun wirklich vor sich sieht, da wird der Lebenswille für einen Augenblick wieder wach. „Noch haben

sie dich nicht gesehen — denkt der Kornett — noch kannst du hinter dem Haus zum Fluß gelangen und entkommen.“

Aber nur einen Augenblick, dann ist das Gefühl vorüber. Und der Kornett erhebt sich und tritt durch die Gartentür in den Hof; das Mädchen folgt ihm, ohne die Lage zu verstehen; sie faßt nur, daß etwas Schreckliches kommt, und klammert sich fest an den Kornett.

Jetzt steht er vor dem Führer der Bolschewistenpatrouille.

„Ich bin Offizier der weißen Armee, und das hier ist mein Gut. Ihr könnt mich gleich erschließen!“

„Es klingt wie ein Befehl, der rote Führer ruft.“

„Warum glaubst du, daß wir dich erschließen werden?“

Der Kornett antwortet nicht, er hat seine Arme um die Schultern des Mädchens gelegt, und sein Blick geht über die weite, blühende Steppe.

Von Osten her klingen in die Stille Kanonenschläge, ein Artilleriegeschütz scheint sich dort zu entwickeln.

Der Patrouillenführer wird unruhig.

„Wenn wir nur nicht von verpörrigten Weissen über-rascht werden. Drum schnell, Leute, er will es ja selbst, führt den weißen Schuß zum Fluß und erledigt ihn!“

„Nein, ihr werdet mich dort unter dem Baum erschließen und das Mädchen auch. Komm Tamara!“

Sie hat verstanden, ihre angstvollen Augen füllen sich mit Tränen. „Ich will“, sagt sie ganz leise, „denn dann bleibst du immer bei mir.“ Und sie gehen auf den Baum zu.

Die Reiter sehen ihren Führer fragend an. Er winkt ihnen ab.

„Einmal wo die beiden liegen bleiben, wir müssen machen, daß wir fort kommen.“

So reiten sie auch zum Baume hin.

Im Walde verklingen die Schüsse der Pferde. In den Zweigen der Erde mitten auf dem Hofplatz sitzt ein Kind und jubelt seinen Liebesgefangenen in den Frühling hinaus. Am Fuße des Stammes liegen die zwei Leichen fest aneinander geschmiegt. Die bolschewistischen Augen sind wieder durch das Herz gegangen. In den schwarzen Haaren des Mädchens ist noch ein helles Blütenblatt hängen geblieben und leuchtet wie ein Perlenschmuck über dem heilgeheiligten Gesicht, in dem sich die dunklen Augen für immer geschlossen haben.

Der Kornett sieht mit starren Augen in den blauen Frühlingshimmel. Er wird die Heimat nicht mehr verlassen. ...

Fernen Ostens von Russland als staatliche Einheit anerkennen und dass Japan sich bereit erklärt, im Laufe einer bestimmten Frist seine Truppen aus Sibirien zurückzuziehen. Über das Verhalten Japans diesen Forderungen gegenüber verläutet noch nichts Näheres.

Verlobung des englischen Thronfolgers.

Am 7. Juni wird Prinzessin Mary in ihrem Londoner Heim zu Chesterfield House ein Festmahl mit anschließendem Ball veranstalten. An diesem Fest wird, wie „Daily News“ berichten, auch das Königspaar teilnehmen. Der König wird diese Gelegenheit benutzen, um den Gastgeber, seinen Schwiegersohn Viscount Lascelles, zum Grafen, vielleicht sogar zum Herzog zu ernennen.

Es wird aber auch ein zweites, bedeutsames Ereignis mit diesem Festmahl in Chesterfield House verbunden sein. Wie auf das bestimmteste verlautet, soll an diesem Abend die Verlobung des Prinzen von Wales mit Miss Cambridge stattfinden. Miss Cambridge ist die Tochter des Herzogs von Cambridge und Enkelin des Herzogs von Teck. Der Herzog von Teck ist bekanntlich ein naher Verwandter der Königin von England und wurde zugleich mit den königlichen Prinzen aufgezogen. Es wurde viel bemerkt, dass Miss Cambridge in den letzten Wochen fast ununterbrochen in Gesellschaft der Königin Alexandra war.

Das neue finnische Kabinett.

Der Reichspräsident hat das Rücktrittsgesuch des Ministeriums Wennola genehmigt und eine neue Regierung ernannt, die bis nach den Abgeordnetenwahlen die Geschäfte führen soll. Vom bisherigen Kabinett ist nur der Wehrminister Jäntänen geblieben. Minister des Äußeren wurde der Graf von Oja, der Finanzminister der Direktor der Finnland-Bank Grafen, Landwirtschaftsminister der Generaldirektor der Forstverwaltung Professor Cajander, der außerdem das Amt des Ministerpräsidenten übernimmt.

Die französischen Kriegspensionierten beschloßen auf ihrem Kongress in Clermont-Ferrand mit einer Mehrheit von 144 000 Stimmen, auf ihre Forderung für die Erhöhung der Kriegspensionen im Hinblick auf die schwere finanzielle Lage zu verzichten.

Der König und die Königin von Rumänien haben sich nach Belgrad zu den dort stattfindenden Gedenkfeierlichkeiten begeben.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verlässlichkeit innewohnt.

Bromberg, 7. Juni.

Die Kreisvereinsung Bromberg des Deutschums-Bundes veranstaltete am zweiten Feiertag, wie alle Jahre, im Lustgarten ein Frühkonzert. Das ungünstige Wetter bewirkte, daß der Garten nicht so stark besucht war, wie es in den beiden Vorjahren der Fall war. Trotzdem machte sich eine ausgezeichnete Stimmung bemerkbar. In den Kolonaden und unter den mächtigen Kastanien sitzend, lauschten die Besucher den Weisen alter deutscher Komponisten, die von der Kapelle sehr nett vorgelesen wurden. Als diese ein Volkslied — das „Röslein auf der Heide“ — spielte, sang das gesamte Publikum mit. Herr Dobbertmann hielt eine kurze Ansprache, in der er die Teilnehmer mit herzlichsten Worten begrüßte. Er sprach darüber, daß uns nicht mit Einrichtungen von Organisationen allein gedient sei, sondern daß diese Organisationen auch gepflegt werden müßten. Zu dieser Pflege gehören auch Veranstaltungen wie das Frühkonzert. — Den Abschluß des Konzerts bildete ein flott vorgetragener Marsch.

§ Sängerkreis in Warschau. Unter dieser Epithete schreiben die „Pos. N. N.“ vom 3. Juni: Gestern trafen etwa 60 Delegierte der polnischen Gesangsvereine aus Deutschland auf ihrer Fahrt nach Warschau in Polen ein. Sie haben von den Behörden in Deutschland und in Polen freie Eisenbahnfahrt erhalten. Wird man den auch einmal in Polen nachgesehen werden? Wird man den deutschen Gesangsvereinen einmal diese Vergünstigung gewähren? Wir hoffen, daß dieses Beispiel nicht auf unfruchtbaren Boden fällt!

§ Falsche deutsche 100-Mark-Scheine. Von der hiesigen Kriminalpolizei wird mitgeteilt, daß bereits seit längerer Zeit falsche deutsche 100-Mark-Scheine in Verkehr gebracht wurden. Bei einer Person, die diese falschen Scheine in den Verkehr zu bringen versuchte, wurden bereits 10 000 Mark konfisziert, die die Serie F. J. 9857 708 mit dem normalen Emissionsdatum Berlin 1. XI. 1920 trugen. Wie die Devisenabteilung der Polnischen Darlehnskasse (P. N. P.) mitteilt, unterscheiden sich die falschen Scheine von den echten dadurch, daß die Nummern der Scheine undeutlich sind, die Wasserzeichen an den Rändern fehlen und die feinen Linien auf der linken Seite aufgeflickt sind.

§ Der heutige Wochenmarkt war verhältnismäßig schwach besucht. Butter und Eier waren sehr wenig vorhanden. Eier kosteten 500 Mark die Mandel, Butter 800–850 Mark das Pfund. Die anderen Preise bewegten sich in den bisherigen Grenzen. Auf dem neuen Markt war die Kartoffelernte ausreichend. Für den Zentner wurden 1800 bis 2500 Mark gefordert.

§ Gerüchte über ein Eisenbahnunglück zwischen Laszow und Terepol (Strecke Dirschau–Bromberg) waren am Dienstag in Graudenz verbreitet. Danach sollte am Montag zwischen Briesen und Laszow ein vollbesetzter Kesselwagen beim Bahnübergang noch passiert haben, als der Zug bereits heranbraute. Der Personenzug erlitt den Wagen, der in Trümmer ging, wobei fünf Personen ihr Leben eingebüßt haben sollen. Wie weit das Gerücht auf Wahrheit beruht, konnte, wie die „Weichselpost“ schreibt, noch nicht festgestellt werden.

§ Bei dem Unglücksfall auf dem hiesigen Bahnhof, wobei einem Reisenden das Bein abgefahren wurde, handelt es sich, wie uns mitgeteilt wird, nicht um einen Herrn Sawran, sondern einen Herrn Heinrich Rudzinski.

§ Im „Rino Kristal“ läuft seit dem zweiten Feiertag der 1. Teil des großen historischen Films „Lady Hamilton“, Lord Nelsons letzte Liebe. In diesem Teile werden die Erlebnisse der armen Tagelöhnerin Emma Lyon geschildert. Ihre Mutter gibt sie aus Eitelkeit in ein vornehmes Pensionat, das sie aber bald wieder verlassen muß, da das Geld nicht ausreicht. Sie trifft dann ihr Leben als Dienstmädchen und geht schließlich nach London. Dort wird sie vom Schicksal wild herumgeschleudert und erleidet schließlich der Verderbnis der Großstadt. Nun aber steigt sie bald empor und lernt Lord Nelson kennen. Soweit reicht der erste Teil. — Die Aufnahmen zeigen in starrer, äußerlicher Haltung das Leben und Treiben des englischen Gesellschaftslebens im 18. Jahrhundert. Lord Nelson wird von Konrad Veidt mit schaupielerischer Vollendung dargestellt. Auch die anderen Darsteller weisen schaupielerisch durchaus zufriedenstellende Leistungen auf. Neben den polnischen sind auch deutsche Aufschriften.

§ Beim Baden ertrinken. Am Sonnabend ertrank beim Baden in der Weichsel der 18jährige Bankbeamte Karl Prüssina aus Danzig, der hier zu Besuch weilte. Seine Leiche wurde gestern abend in der Nähe von Gordon aufgefunden.

§ Tödlicher Unglücksfall. Gestern um 1/12 Uhr vormittags ereignete sich an der Brahe ein tödlicher Unglücksfall. Beim Verladen einer Maschine auf einen Kahn brach der Kranhaken des Mastes und traf den Arbeiter Peter Wozniowski so unglücklich auf das Haupt, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat.

§ Versuchter Einbruch. Am ersten Feiertag versuchten Diebe in das Schuhgeschäft von Gonczewicz, Danziger Straße 150, einzubrechen. Sie zertrümmerten vom Hofe aus eine Fensterscheibe und versuchten in den Keller einzudringen. Hierbei wurden sie anscheinend gestört und entflohen.

§ Festgenommener Dieb. Der Polizei ist es gelungen, den Dieb, der aus der Wohnung des Herrn J. Koss an der Berliner Straße einen Pelz sowie Kleidungsstücke stahl, festzunehmen. Es ist der Gemeine des 61. Inf.-Regts. A. Sobczak.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Verein nichtständiger Dentisten G. B. Monatsversammlung Donnerstag 1/8 Uhr „Goplanta“ (6842)

Verein der Schiefer zu Bromberg. „Schiefer“, alle Donnerstag abend gemütliches Beisammensein im Deutschen Hause (Glasum). (6068)

* Posen (Poznań), 3. Juni. Nachdem der Ministerrat vor einigen Wochen mehrere Milliarden Mark zur Bekämpfung der Lebensmittellage ausgesetzt hat, hat sich der Magistrat der Stadt Posen mit der Bitte um Bewilligung einer Summe in Höhe von 1/2 Milliarde Mark nach Warschau gewandt. Nach den „P. N. N.“ soll Posen jedoch nur den Betrag von 200 Millionen Mark erhalten.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Lodz 4. Juni. In der Straßenbahn 41 Millionen Mark geraubt wurden dem Herrn Joseph Kollinski. Bisher unermittelte Täter zogen ihm ein Portefeuille aus der Tasche mit 10 000 tschechischen Kronen und einem Scheck auf 1/2 Million tschech. Kronen. Der Verlust beträgt im ganzen 41 Millionen poln. Mark.

* Bielitz (Polnisch Leichen), 5. Juni. Eine Protestversammlung aller deutschen Parteien gegen die neue Wahlordnung zum Sejm fand hier statt. Alle Redner wiesen auf das schreiende Unrecht hin, daß der Wahlbescheid den Minderheiten zufälle und erklärten, dagegen schärfste Stellung nehmen zu müssen. Es wurde schließlich eine entsprechende Resolution verlesen und angenommen.

Kleine Rundschau.

* Zwei Männer vom Starkstrom getötet. Breslau, 20. Mai. Aus Übermut erstieg ein Mann bei Sandberg in der Nähe von Breslau den Mast der Hochspannungsleitung. Als er etwa in 10 Meter Höhe war, löste er laut auf und blieb dann reaktionslos am Mast hängen. Der bei der Überquerung hängende Mann holte eine Leiter und kletterte, obgleich er von seinem Schwager und den anderen Leuten gewarnt wurde, auf den Mast. In einer Höhe von acht Metern muß er dabei schon mit dem Starkstrom in Berührung gekommen sein; denn noch bevor er das erste Opfer erreicht hatte, fiel er tot zu Boden. Der zweite getötete Mann wurde durch die Rettungsmannschaft der inwärtigen Herbergereisen überlandzentrale nach zwei Stunden geborgen.

* Die Ausstattung der englischen Raucherin. Eine ganz neue Industrie ist in England mit der Herstellung von „Rauchentwürfen“ für Damen beschäftigt. Mit einfachen Meeresschnecken, wie sie etwa für die Männer gut genug sind, ist es natürlich nicht getan. Die Modelle sind aus Gold und Silber, mit Diamanten und Edelsteinen geschmückt; obendrein sollen sie einen orientalischen Zuschnitt haben und den kleinen Pfeifen der Japaner ähneln. Aber wichtiger als das Instrument, aus dem man raucht, oder gar das Kraut, das man raucht, ist die Verpackung, in der man raucht. Damit die Raucherin Stil haben, muß die Raucherin eine Rauchlade ohne Arme tragen, die über und über mit einem Blumenmuster bedeckt ist. Die eigentliche Veranlassung zu dieser neuen Mode gab der alljährlich in London abgehaltene sogenannte „Tabaksmarkt“, dessen Senfation im Vorjahr darin bestand, diejenige Dame preiszukrönen, die ihre Zigaretten „mit der größten Anmut“ zu rauchen verstand.

Handels-Rundschau.

Die Bank M. Stadthagen, Aktiengesellschaft in Bromberg, hat ihr Rechnungsjahr 1921 mit einem Reingewinn von 26 571 408 Mark abgeschlossen. Nach gesetzlicher Dotierung der Reserven sind 36 v. H. Dividende festgelegt worden. Die Umsätze der Bank sind von 2,9 Milliarden im Jahre 1920 auf 30,7 Milliarden im Jahre 1921 gestiegen. Um das Verhältnis des eigenen Kapitals zum fremden Gele zu normieren, erhöht die Bank ihr Aktienkapital von 50 000 000 auf 100 000 000 Mark.

Die Eisenbahnschwellenausfuhr aus Polen. Das bisherige System der Ausfuhrerlaubnis von Eisenbahnschwellen gegen eine gewisse, an die polnische Eisenbahn abzuliefernde Menge, ist einer Änderung unterzogen worden. Statt dessen ist, wie der „P. N. N.“ erfährt, die freie Ausfuhr gegen eine niedrige Zollgebühr von 400 Polenmark pro Stück eingeführt worden. Eine Eisenbahnschwelle kostete, dem Blatte zufolge, vor zwei Monaten in Polen 700–750 Mark; gegenwärtig seien die Preise in Anpassung an die Danziger Preise gestiegen und die polnischen Kaufleute verlangen jetzt 2500–3000 Mark für das Stück. Ungefähr die gleiche Summe (2500 M.) zahle den polnischen Kaufleuten gegenwärtig auch das polnische Eisenbahnministerium, dessen Delegierte seinerzeit den Zoll auf Eisenbahnschwellen mit beschloßen haben. Den Nutzen ziehen, so heißt es in dem Blatte, die Exporteure; der Staatsschatz erleide Schaden, da das Eisenbahnministerium bei solch hohen Preisen etwa 5 Milliarden verliere.

Englischer Kredit für die polnische Webindustrie. Das „Journal de Pologne“ meldet, daß die Britische Überseebank einen Kredit von 400 000 Pfund gewährt habe, um die berühmten Webereifabriken von Wlozow wieder herzustellen. Der Kredit läuft drei Jahre zu 7 1/2 Prozent. 70 Prozent des Risikos hat die britische Regierung übernommen, 15 Prozent die Bank und 15 Prozent sind durch die Fabrik und ihre Einrichtungen garantiert. — Nach dem Inhalt dieser Meldung zu urteilen, handelt es sich um einen Kredit an die Wlozower Baumwollmanufaktur vom Anfang d. J. zum größten Teil abgebrannt sind und die jetzt neu aufgebaut und erweitert werden. Die Höhe des Kredits mag man daran ersehen, daß die 400 000 Pfund Sterling, in deutsche Mark umgerechnet, einen Betrag von etwa 480 Millionen Mark ergeben und in polnische Mark umgerechnet, einen solchen von etwa 7 Milliarden Mark.

Lodz und der Wiederaufbau Russlands. Zu diesem Thema schreibt die „Gaz. Wladyka“: „Der Fortschritt des russischen Marktes hat die Lodzer Textilindustrie immer noch nicht verwundet. Ungachtet dessen, daß Lodzer Erzeugnisse viel nach den Balkanländern ausgeführt werden, sind die Lager der Fabrikanten weitrhin gefüllt, und die Krisen, die sich bei jeder Schwankung des Dollarkurses einstellen, tragen nicht dazu bei, die Zukunft der Lodzer Industrie rosiger zu gestalten. So schaut denn alles auf Russland als auf den Reiter aus dem schon erdrückend wirkenden Warenüberschuß. Bisher hat Russland in Lodz nur wenig kaufen können. Schuld war daran das Fehlen eines russischen Zahlungsmittels. Die Sowjetrubel, von denen eine Million gegenwärtig einen polnischen Tausendmarksschein wert sind, können als Zahlungsmittel wirklich nicht angesehen werden, um so mehr, da Lodz auf eine möglichst umfangreiche Einfuhr von fremden Devisen angewiesen ist, die zur Bezahlung der Rohstoffkäufe benötigt werden. So können die 10 bis 12 Waggon Textilien, die der „Wschetora“ in Lodz gegen Dollar und Franken angekauft hat, wirklich nicht mitzählen. Die Rangierung der russischen Finanzen durch die ganze Welt würde hier mit einem Schlag Wandel schaffen. Lodz würde nicht instande sein, alle russischen Käufer zu befriedigen, die sich dann hier einfänden würden. Einsteilen sind das nicht als Hoffnungen, die sich nicht so bald verwirklichen werden. Lodz erwidert weiter im Übermaß seiner Produktion, und Handel und Wandel flodern. Die Regierung bringt diesem Zustande Besorgnis entgegen und sucht nach Mitteln und Wegen, einen möglichen Zusammenbruch zu vermeiden.“

Rückgang der deutschen Rohlförderung im Mai. Der Rückgang der Rohlförderung, der im April und März eintrat, scheint sich auch im Mai fortgesetzt zu haben. Während im April 7225 Tonnen arbeitstäglich weniger gefördert wurden als im März, ist für den Monat Mai mit einem weiteren Rückgang zu rechnen, der sich voraussichtlich nach der „Täglichen Rundschau“, auf rund 18 000 Tonnen arbeitstäglich belaufen wird. Bei Nichtberücksichtigung des 1. Mai, an dem nur wenig mehr als 1/2 des arbeitstäglichen Durchschnittes gefördert wurde, dürfte die arbeitstäglich Fördermenge voraussichtlich 11 500 Tonnen weniger als im April betragen. Unter der Auswirkung dieser Verhältnisse sind die Lagerbestände stark zurückgegangen, in dem sie sich auf etwa 600 000 Tonnen (am 25. Februar 1,14 Millionen Tonnen) belaufen.

Wirtschaftliche Absperrung der Ukraine gegen Polen. Die Sowjet-Ukraine hat ihre Grenze gegen Polen für den Warenverkehr gesperrt. Der Verkehr soll nach zehn Tagen nach Einführung weesentlich erhöhter Zölle wieder eröffnet werden. Diese Zölle stellen vorwiegend Zölle gegen polnische Waren, besonders Lodzer Textilien, dar, von denen bis zu 300 Prozent des Wertes erhoben werden sollen. Infolgedessen ist der ausgedehnte Grenzhandel, der bei Lemberg stattfand, plötzlich lahmgelegt, und alle früheren Bestellungen wurden aufgegeben. Man nimmt an, daß durch diese Maßregel ein Druck auf den beschnittenen Abbruch der russisch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ausgeübt werden soll. Die Lemberger Kaufmannschaft ersucht die polnische Regierung, ein Handelsabkommen mit der Sowjetregierung zu treffen.

Berliner Devisenkurse.

| Für drahtliche Auszahlungen in Mark | 6. Juni | | 2. Juni | | Münch. Parität |
|-------------------------------------|----------|----------|----------|----------|----------------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief | |
| Holland . . . 100 Gul. | 11250,90 | 11 831,1 | 10591,75 | 10538,25 | 168,74 M |
| Spanien . . . 100 Pes. | 104,35 | 104,65 | 93,50 | 98,87 | 1,78 |
| Belgien . . . 100 Francs | 2421,95 | 2428,05 | 2284,60 | 2290,40 | 81,00 |
| Norwegen . . . 100 Kron. | 51,35 | 51,95 | 4853,90 | 4868,15 | 112,80 |
| Dänemark . . . 100 Kron. | 6332,05 | 6347,95 | 5927,55 | 5942,45 | 112,50 |
| Schweden . . . 100 Kron. | 7510,60 | 7529,40 | 7041,15 | 7058,85 | 112,50 |
| Finnland . . . 100 Finn. M. | 621,20 | 622,80 | 579,25 | 580,75 | 81,00 |
| Italien . . . 100 Lire | 1498,10 | 1501,90 | 1418,20 | 1421,80 | 81,00 |
| England . . . 1 P. Sterl. | 1293,35 | 1296,65 | 1213,45 | 1216,55 | 20,43 |
| Amerika . . . 1 Dollar | 287,14 | 287,86 | 271,41 | 272,09 | 4,20 |
| Frankreich . . . 100 Francs | 2621,70 | 2628,30 | 2496,85 | 2503,15 | 81,00 |
| Schweiz . . . 100 Francs | 5513,1 | 5526,90 | 5233,45 | 5246,55 | 81,00 |
| Spanien . . . 100 Peset. | 4534,30 | 4545,70 | 4304,60 | 4315,40 | 81,00 |
| Deutsch.-Ost. abgeseh. | 2,23 | 2,27 | 2,35 1/2 | 2,39 1/2 | 85,06 |
| Prag . . . 100 Kron | 560,75 | 562,25 | 525,30 | 527,20 | 85,06 |
| Budapest . . . 100 Kron | 33,45 | 33,55 | 32,55 | 32,65 | 85,06 |

Kurse der Wiener Börse.

| Offizielle Kurse. | 6. 6. | Offizielle Kurse. | 6. 6. |
|--|---------|----------------------------------|-------|
| 3 1/2 % Polene: Polnische O. und ohne Buchstaben | — | Alca. Geg., Grabowice | — |
| 4 1/2 % Polener Wandbriefe. | — | Surtownia Drogeryjna (o. Bezger) | 145 |
| Buchstabe D u. B. u. neue | — | Bytownia Chemiczna I-II | 220 |
| Polnische (Wbbs.) I-VII. | 220 | III | — |
| Polnische (Wbbs.) VIII. | 220 | Drzewo Bronki (Pol.) | 310 |
| Bankhandl., Poznan | — | Wisla | — |
| Bankhandl., Warszawa. | — | Alcona | 400 |
| Bank Dystantow, Wdys. | — | Wagon Ostrowo I | — |
| Obdant | — | Wntownia Maszyn | — |
| Awlekt, Potocki i Ska I-VII | 295 | Wntownia Maszyn | — |
| Al. Klemm (Kandbant) | — | Wntownia Maszyn | — |
| R. Barckowski | 210-215 | Sergfeld & Victorius | 350 |
| Centrala Stör (Leber) | 290-295 | Bentli | 550 |
| Laban | — | Orient (exl. Rupon) | — |
| Dr. Roman May | 765-770 | Garmatia I | 530 |
| Patris | 630 | II | — |
| Pogon, Spolka Drzewna (Pol.) | — | Blawat Polesk | — |
| V. | 730 | Dom Konfekcyjny I-V | — |
| E. Sawicki I-III, Em. | 210 | Centr. Rol. (Wdms.) I-V | 175 |
| E. Sawicki IV, Em., junge | 210 | Surt. Wlozowa (a. Bzger) | 120 |
| Cegielski I-VII, Em. | 230 | Papiermnia Wlozowska | 280 |
| Cegielski VIII, Em. | 185 | Tri | — |
| Unoffizielle Kurse. | — | Gieratowski Kop. Wogla | — |
| Polnische (exl. Rupon). | 140 | Surtow. Stör (Leber) I | — |
| Bank Brzemyzlowe | — | II | — |
| (Industrie) | 245 | Wntownia | — |
| Pog. St. Slemian (Wb.) I-III | — | Sawicki Kantorowicz | — |
| IV | — | Rabel I-II | — |
| | — | Sano | 330 |

Markhafter Börse vom 6. Juni. Schecks und Umläufe: Belgien 335,75–335,25. Berlin 14,50–14,22 1/2. Danzig 14,27 1/2–14,22 1/2. London 17 650–17 850–17 800. Neuport 3940 bis 3987 1/2–3980. Paris 362–364,75–363. Prag 77 1/2–78. Wien (für 100 Kronen) —. Devisen (Wargahlung u. Umläufe): Dollars der Vereinigten Staaten 3945–3970. Englische Pfund —. Tschechoslowakische Kronen —. Kanadische Dollars —. Belgische Francs —. Französische Francs 362,75–362. Deutsche Mark —.

Umläufige Devisennotierungen der Danziger Börse vom 6. Juni. Soll, Gulden 11 238 1/2–11 251 1/2. Pfund Sterling 1298,70 bis 1301,30. Dollar 236,71–237,29. Polennoten 7,18 1/2–7,21 1/2. Auszahlung Warschau 7,18 1/2–7,21 1/2. Auszahlung Posen 7,13 1/2–7,16 1/2. Französische Francs wurden nicht notiert.

Schlusskurse vom 6. Juni. Danziger Börse: Polennoten 7,15–7,20. Dollar 236 1/2–238. Neuporter Börse: Deutsche Mark 0,34 1/2 (Parität 288,80).

Ausbericht.

Die Polnische Landesdarlehnskasse zahlte heute für deutsche 1000- u. 100-Mark-Scheine 1400, für 50- u. 10-Mark-Scheine 1380, für kleine Scheine 1300. Gold und Silber unverändert.

Hauptkreditgeber: Gotthold Starke; verantwortlich für Republik Polen: Johannes Kruse; für die übrige Politik: Gotthold Starke; für „Stadt und Land“ und den anderen redaktionellen Teil: Karl Wendisch; für Anzeigen und Retikamen: E. Prangodatz; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. h. S., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund“ Nr. 20.

Billiger Verkauf in der Abtlg. für Baumwollwaren

Von Donnerstag bis Sonnabend inkl. werden zu Ausnahmepreisen täglich folgende Bedarfsartikel verkauft:

Blusen in Koupons 1300.—
Zefirherrenhemden in Koupons . 2010.—

Kleider in Koupons 3000.—
Tischwäsche

Chudziński & Maciejewski

Gdańska, Ecke Dworcowa.

Hardanger Stiderei
sowie gute Franse- und Perlenarbeit
führt schnell u. zu mäßigen Preisen aus. Übernahme
auch Kleider z. Stiden n. neuft. Must. u. a. Handarbeit.
Frau Kofflowski, Sw. Trójech 14a.
(Berlinerstr.) 8658

Max Rautenberg
Beratender Ingenieur für Industriebauten, Gut-
achten — Abmachungen, besiedelter Sachverständi-
ger für Hoch-, Tiefbau und Eisenbeton.
Entwurf — Bauleitung — Abrechnung.
Tel. 1430, 675. Bydgoszcz Jagiellońska 11.

ff. Tafelbutter
Speisequart, Schlagrahne, Sahne,
täglich frisch, zu billigsten Tagespreisen, an
Wiederverkäufer in größeren Mengen, gibt ab
Molkerei Schweizerhof, G. m. b. H.

**Pa. Oberschl. Steinkohlen
Hüttenkoks**
liefert waggonweise sowie in jeder Menge
ab Lager und frei Haus

Adolf Kettlitz wlas. Eugen Hofmann
Bydgoszcz, ul. Zam-
oskiego (Steinstr.) 2/3. — Telefon 954. 6478

Alfa-Sabal-Separatoren!
Original-Alfa-Teile und Trommeln,
Maschinen für Saat und Ernte.
Gebrüder Schütz :: Lobżenica (Lobzens).

Ia Torf (bekannte
Qualität)
für Zentralheizungen und Hausbrand bes. geeignet
nehmen zur Lieferung frei Haus entgegen.
Hartmann & Abel
ul. Kordeckiego 4 :: Tel. 626.

Ia Asphalt-Dachpappe
in bekannter Qualität
Ia Klebemasse
Dest. u. rohen Steinkohlenteer
Baumaterialien — Teerdestillation
Bedachungsgeschäft
Ausführung sämtlicher Dacharbeiten
zu kulantem Bedingungen.
J. Pietschmann, Bydgoszcz
Älteste Firma der Branche in Polen.
Gegr. 1845. 2511 Telefon 82.
Fabrik u. Kontor: Grudziądzka 7/11.

Reparaturen
an
Elektromotoren
Dynamomaschinen
führen aus
A. Gaertig i Sp., Ł. z o. p.,
Poznań,
Oddział Pracowni Elektromechanicznych,
ul. Polwiejska 35. Telefon 3584.

Reparaturen
an
Elektromotoren
Dynamomaschinen
führen aus
A. Gaertig i Sp., Ł. z o. p.,
Poznań,
Oddział Pracowni Elektromechanicznych,
ul. Polwiejska 35. Telefon 3584.

Wer einen außergewöhnlich.
Weltfilm, gekrönt mit der
goldenen Medaille, sehen will,
der eile heute ins Kino

„LIBERTY“
Heute letzter Tag

Er trifft dort ein ausser-
wähltes Publikum und
sieht den wundervollen
Film

Atlantide

Arbeitswagen
für Industrie und Landwirtschaft,
unter Berücksichtigung aller gewünschten Spurbreiten

Wagenräder

aller Art, mit und ohne Beschlag
Arbeitswagenuntergestelle ohne Beschlag
sowie ab Lager lieferbar.

L. Hempler, Wagenfabrik,
Bydgoszcz, ul. Dworcowa 77.

Gänzlich ausgeflohen

ist es, daß Ihr Kuchen mißlingt, wenn Sie das
seit 30 Jahren bekannte

Carl Gehdel's Fermentpulver

zum backen verwenden
Friedensqualität garantiert.

Überall erhältlich. Engros-Verkauf.

Monopol-Drogerie Fr. Bogacz,

Dworcowa 94. Telefon 1287. 698

Gegr. 1911. **C. B. „Express“** Gegr. 1911.

Telefon 800, 799, 665.

Hauptbüro: Jagiellońska 70

Filialen: am Bahnhof

Danzigerstr. Nr. 2

Danzigerstr. Nr. 37

Poststr. Nr. 3

!! Eilboten - Dienst !!

Tag und Nacht.

Gepäck-Beförderung

mit Leichtgespann

Gepäck-Aufbewahrung.

| | | |
|------------------------------|--------|--------|
| Weizenmehl II | 65 % | 160.— |
| " | I 65 % | 170.— |
| " | 60 % | 180.— |
| " | 50 % | 210.— |
| Roggenmehl | 70 % | 120.— |
| Weizengries | | 200.— |
| Grüne Erbsen | | 90.— |
| Gerstengröße | | 100.— |
| Weizen- u. Roggen-Aleie 3tr. | | 6000.— |

empfiehlt
„Alta“, Danzigerstr. 54
Telefon 1126. 6768

oto grafien
Paßbilder
Vergrößerungen, Bilder und Postkarten
Refert billigst und schnellstens in künstl. Ausführung
Atelier Viktoria Inh.: A. Rüdiger
nur Gdańska 19

Neke-Torf
10- bis 20000 3tr.

hat frei Wasser und Bahn abzugeben
Rittergut Rzeszów,
Bahn und Post Kroskowo, Ar. Wysz.

Wäsche wird sauber
geplättet. Chelmiska 23, I.

7869

5000 M. Belohnung!

Schwarze Lederhandsch-
tische mit Silbermono-
gramm E. W. am 6. d. M.

auf d. Wege v. Bahnhof

bis ul. Ogrodowa (Gar-
tenstraße) 13 verloren.

Inhalt: Wichtige Papiere

sowie Eisenbeinziele. Geg.

obige Belohnung abzu-
geben bei Fr. Erna Reib.

geb. Westphal, ulica

Ogrodowa Nr. 13. 8647

Briefstapel mit Wsflag

verloren

gegen Belohnung abzug.

Brunt, Rafelska 5. 8649

Werdedünger

hat laufend abzugeben. 6938

Posthalterei, Grodzka 4.

Elektr. Hohlschleiferei
für Messer und Scheren aller Art,
insbesondere
Rasiermesser
garantiert gute Schneide
Kunsthohlschleiferei
für ärztliche Instrumente wie: Skalpelle,
Kanüle, Implantationen, med. Scheren usw.
Feinmechanische Werkstatt
Kurt Teske, Mechaniker-
Meister,
Posener Platz 3, Telefon 1296. 5167

Ia. Oberchl. Steinkohlen

schuttfrei, erstklassigen

Portland-Zement Marke „Glucze“

in Waagenladungen u. kleineren Mengen ab Lager,
sowie frei Haus, zu billigsten Preisen bietet an

Rudolf Rabe, Bydgoszcz,

Tel. 121. Sniadeckich 19.

Möbeltransporte
und **Expeditionen**

jeder Art.

innerhalb Polens, sowie speziell nach

Deutschland, Anfahren zur Bahn, über-

nimmt zu günstigsten Tagespreisen

Rudolf Rabe, Bydgoszcz,

Tel. 121. Sniadeckich 19.

Sonntag, den 11. Juni 1922
Lipniki Gastwirt **Weber Lindendorf**

Erstes großes

Wiesenfest

Extra gute

Militärmusik.

Heute! **Bakers Etablissement** Mittwoch!
Bef.: E. Bäder. Sw. Trójech 8/9.

Heute, Mittwoch, den 7. Juni

Großes

Militär-Konzert

der beliebten Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 62

unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Herrn Tomaszewski.

im schönsten Garten von Bydgoszcz und Umgegend.

?? ? Auf Bakers Diele ?? ?
da ist so kühl... !

Extra: 6918

Großes Rehbock-Essen.

(Erlegt von Oberförstermeister Herrn Otto Herrgot.)

Heute! Anfang 6 Uhr. Mittwoch!

Torfpresen
und **Torfstechmaschinen**

zu äußerst günstigen Preisen noch sofort lieferbar.

Adolf Kranke & Co., Ł. z. o. p.

Maschinenfabrik, Toruń-Motre.

Rendezvous

der

eleganten Lebewelt!!

Anfang: 11 Uhr.

Für

Bydgoszcz

neues Programm.

Konferenzier

W. Kossakowski.

Eintritt frei! Eintritt frei!

Direktion **Grabowski.**

Tel. 951 Bi-Ba-Bo Pomorska 12

Empfehle mich als 6619

Hauschneiderin

in d. Stadt u. aufs Land.

Marie Jędraszewska,

Gr. Bartelke, Romska 45.

Aufzeichnungen

jeglich. Art werden schnell

angefertigt. 6627

ulica Jasna 4, I Et., Ł.

Erfolge. Privatunterricht. in

Engl., Franz., Dtsch., Gram.,

Romant., Sankelstort. Jert.

Ł. u. A. Furbach.

Lehrerinnen (langjährig).

Aufenthalt in England u.

Frankr., Cieszkowskiego

(Moltkestr.) 11, I. 4553 6677

Die Zeitung

100.

und letzte Vorstellung

der Spielzeit 1921/22.

Unter der

blühenden Linde

Zur Beachtung!

Des Andranges wegen machen wir das

werte Publikum auf die erste Vor-

stellung um 6.15 aufmerksam.

6649

Bromberg, Donnerstag den 8. Juni 1922.

Die Deutschen in Polen vor dem Völkerbund.

Am Ausgang des Jahres 1921 erhielt das Generalsekretariat des Völkerbundes je eine Denkschrift des Deutschumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte in Polen und der deutschen Ansiedler um Schutz bzw. Feststellung ihrer international garantierten Rechte. Das Material dieser Protestakte wurde den Herren Symans (Belgien), Imperiali (Italien) und Ishii (Japan) zur Prüfung übergeben, die bei ihrer Berichterstattung dem Völkerbundsrat das nachstehende (im Wortlaut übersehte) Memorandum vorlegten:

Am 9. November 1921 erhielt der Generalsekretär ein Telegramm des Deutschumsbundes aus Bromberg in Polen, welches ihn informierte, daß mehrere tausend Familien von Landwirten deutscher Abstammung von der polnischen Regierung aufgefordert wären, ihr Eigentum vor dem 1. Dezember 1921 zu veräußern. Diese Maßnahmen waren ebenso gegen polnische Staatsangehörige deutschen Stammes wie gegen deutsche Reichsangehörige gerichtet. Dieses Telegramm ist nach dem Verfahren behandelt worden, wie es für Fälle der Dringlichkeit vorgegeben ist, und es wurde übereinstimmend mit der Resolution des Rates vom 25. Okt. 1920 ein Komitee gebildet, bestehend aus dem Präsidenten des Rates, Herrn Symans, dem Marquis Imperiali und dem Herrn Vicomte Ishii.

Dieses Komitee hat die Frage am 14. Januar 1922 geprüft. Ihm lagen hierbei vor das erwähnte Telegramm sowie zwei Denkschriften des Deutschumsbundes vom 7. und 12. November, von denen die letzte auch andere Fragen, die die Lage der deutschen Minderheit betreffen, behandelte, und zwei Antworten der polnischen Regierung vom 13. und 18. November. Da die polnische Regierung ihre Absicht erklärt hatte, von jeder Vertreibung bis zum 1. Mai abzusehen, und ferner die Erklärung abgegeben hatte, weitere Bemerkungen vorzulegen, hat das Komitee sich darauf beschränkt, in seinem an den Rat gerichteten Rapport den Rat auf die Angelegenheit aufmerksam zu machen, und hat beschlossen, die weiteren Bemerkungen der polnischen Regierung abzuwarten.

Diese Bemerkungen sind unter dem 26. Januar als Antwort auf die Denkschrift des Deutschumsbundes vom 12. November mitgeteilt worden. Das Komitee hat die Prüfung angefangen, da aber die Bittschriften, ebenso wie die Antwort der polnischen Regierung, wichtige und verwickelte Fragen behandeln, konnte das Komitee dem Rat zu seiner außerordentlichen Tagung in Paris Ende März noch keinen zusammenhängenden Rapport vorlegen.

Unter Berücksichtigung des Umstandes aber, daß die erste Frist, der die polnische Regierung zugestimmt hatte, am 1. Mai abläuft, hat das Komitee geglaubt, daß es Sache des Rates sei, die polnische Regierung zu ersuchen, aufs neue bis zu einem späteren Datum, z. B. dem 1. Oktober 1922, von jeder Maßnahme der Vertreibung der erwähnten Ansiedler abzusehen. Das Komitee hat zu diesem Zweck am 28. März dem Rat einen Rapport vorgelegt. Herr Akenaga hat erklärt, daß er sich beeilen würde, dieses Ersuchen von sich aus zu unterstützen und es seiner Regierung zur Kenntnis zu bringen.

Jetzt hat das Komitee die verschiedenen, in den Eingaben des Deutschumsbundes aufgeworfenen Fragen geprüft.

Man kann diese Fragen in drei Gruppen teilen:

1. Fragen betr. die Landwirte deutschen Stammes,
2. Fragen des Minderheitenrechtes von allgemeiner Bedeutung,
3. Fragen der Interpretation gewisser Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages.

I. Fragen betr. die Landwirte deutschen Stammes.

Die Völkervereinigung war mit dieser Frage von der deutschen Regierung befaßt worden. Das Sekretariat des Völkerbundes hat sich Abschriften von einigen Noten der Völkervereinigungsmitteln lassen, welche die beteiligten Regierungen einladen, diese Fragen in direkten Verhandlungen in Übereinstimmung mit Art. 92 letzter Absatz des Vertrages von Versailles zu regeln.

Die Konferenz hatte Herrn Alphand die Rolle des Schlichters in dieser Frage zugeteilt. Die Völkervereinigung hat jedoch in einer Note vom 18. Februar 1922, die an den deutschen Völkervereinigung gerichtet war, erklärt, der wiederholt vom deutschen Völkervereinigung mit Rücksicht auf die deutschen Ansiedler vorgetragenen Bitte nicht stattgeben zu können, da die von der Konferenz für den Anfang der Verhandlungen festgesetzte Frist verstrichen sei.

Die Frage ist vor den Völkervereinigung als eine Minderheitsfrage gebracht worden, und es muß also zu allererst klar definiert werden, daß der Minderheitenschutzvertrag sich in dieser Frage nur auf deutsche Landwirte anwenden läßt, die die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben, da die Rechte, die durch den Minderheitenschutzvertrag an Einwohner Polens garantiert sind (Schutz des Lebens, der Freiheit und freien Ausübung ihrer Religion) hier nicht in Frage stehen.

Die Artikel des Minderheitenschutzvertrages, die man anrufen kann, sind die Artikel 7 und 8. Artikel 7 setzt fest, daß alle polnischen Staatsangehörigen vor dem Gesetz gleich seien und die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte ohne Unterschied des Stammes, der Sprache und Religion genießen sollen. Artikel 8 setzt fest, daß alle polnischen Staatsangehörigen, die einer öffentlichen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, dieselbe rechtliche und tatsächliche Behandlung und dieselben rechtlichen und tatsächlichen Garantien genießen sollen, wie die anderen polnischen Staatsangehörigen.

Nach Artikel 7 müssen die Gesetze auf alle polnischen Staatsangehörigen in der gleichen Weise angewandt werden.

Nach Artikel 8 muß nicht nur die Anwendung der Gesetze auf alle polnischen Staatsangehörigen die gleiche sein, sondern es darf auch kein Ausnahmengesetz zum Schaden der Interessen der Minderheiten erlassen werden.

1. Die Anwendung des Agrargesetzes.
2. Die Pächter von Staatsdomänen.
3. Die von der preussischen Ansiedlungskommission eingesetzten Ansiedler.

1. Die Anwendung des Agrargesetzes.

Die Petitionäre erklären, daß das Agrargesetz die Deutschen um ihr Grundeigentum zu bringen beab-

sichtige. Die Verschlagung der Güter sei in den Gegenden, wo die Eigentümer polnischen Stammes in der Mehrheit sind, auf 400 Hektar begrenzt, während dort, wo das deutsche Element überwiegt, die Verschlagung bis zu 180 Hektar herunter gehen kann.

Die polnische Regierung antwortet, daß in dem Agrarreformgesetz vom 15. Juli 1920 keine anti-deutsche Tendenz enthalten sei. Dieses Gesetz läßt den zwangsweisen Ankauf von Gütern mit einer Größe über 180 Hektar vor. Diese Norm könne in der Nähe der Städte auf 60 Hektar verringert, in weniger bevölkerten Gegenden auf 400 Hektar heraufgesetzt werden. Nun besitzen die Deutschen gerade in der Gegend von Posen, wo die Maximalnorm von 400 Hektar angewandt wird, zahlreiche Ländereien.

Das Komitee hat gefunden, daß es nützlich sein würde, wenn die polnische Regierung dem Rat mehr ins einzelne gehende Mitteilungen über die Anwendung dieses Gesetzes in den früher preussischen Landesteilen machen würde.

2. Die Pächter von Staatsdomänen.

Die Petitionäre versichern, daß die Pächter und ihre Angestellten deutschen Stammes, deren Mehrzahl polnische Staatsangehörige sind, aus den Staatsdomänen im Widerspruch zu ihren noch auf Jahre laufenden Pachtverträgen verdrängt worden sind. Die Angebote der Pächter, ohne Ausnahme höhere Pachten zu zahlen, hätten nicht angenommen, und sie seien gezwungen worden, ihre beweglichen Güter, die ihr persönliches Eigentum waren, aufzugeben.

Die polnische Regierung antwortet, daß die Frage der Domänenpächter nicht als Frage des Minderheitenrechtes betrachtet werden könne. Die Staatsdomänen seien vom preussischen Staat zu sehr vorteilhaften Bedingungen ausschließlich an Deutsche verpachtet worden. Die Pacht dieser Güter sei lächerlich und betrüge nur etwa 20 polnische Mark für den Hektar. Die polnische Regierung habe die Pächter aufgefordert, neue Verträge abzuschließen, sei aber auf einen formellen Widerstand von ihrer Seite gestoßen. Von 237 Domänen unterzeichneten nur 13 Pächter neue Verträge. Das Vieh und die landwirtschaftlichen Geräte müßten im Falle des Wechsels ihren Nachfolgern abgetreten werden. Besondere Kommissionen hätten mit der Abschätzung dieser Geräte begonnen.

Eine Petition, die von den Pächtern selber herrührte, mit dem Datum vom 26. Mai 1921, ist im vorigen Jahre den Mitgliedern des Rates mitgeteilt worden. In dieser Eingabe versichern die Pächter, daß es sich um einen Bruch der Bestimmungen des Art. 7 des Minderheitenschutzvertrages handelt, da die polnische Regierung die Nichtanerkennung der Pachtverträge nur auf Pächter deutschen Stammes anwendet und die neuen Verträge nur mit Landwirten polnischen Stammes abgeschlossen seien. Es fände gleichfalls ein Bruch der Bestimmungen statt, die den Personen, die das Optionsrecht ausübten, den Abzug unter Befreiung vom Zoll und von Gebühren mit ihrem gesamten beweglichen Gut garantieren.

Aber diesen Punkt bitten wir die polnische Regierung gleichfalls, dem Rat mehr ins einzelne gehende Mitteilungen zu machen.

3. Die Ansiedler der Ansiedlungskommission.

Die Petitionäre setzen diese Frage in folgender Weise auseinander:

Auf Grund des polnischen Gesetzes vom 14. Juli 1920 sind diejenigen deutschen Ansiedler, die auf Grund von mit der Ansiedlungskommission rechtsgültig abgeschlossenen Verträgen in ihre Ansiedlungsstellen einreiset waren, die aber noch nicht als Eigentümer im Grundbuch eingetragen sind oder deren Eintragung (Auflassung) nach dem 11. November 1918 stattgefunden hat, aufgefordert worden, ihre Wohnstätten zu verlassen, und dieses, obwohl die Einschreibung (Auflassung) nur die Registrierung eines bereits seit langer Zeit bestehenden Vertrages bedeutet. Während der Krieges hat die Auflassung nicht stattgefunden, weil die Kataster für die freien Grundstücke nicht auf dem laufenden gehalten werden konnten und die Tätigkeit der für die Auflassung zuständigen Gerichte gehindert war.

Auf Grund der Verträge, die zwischen dem preussischen Staat und den Ansiedlern geschlossen sind, behält sich der Staat das Wiederkaufsrecht vor. Dieses Recht kann u. a. im Falle des Absterbens eines Eigentümers ausgeübt werden. Diese Bestimmung war von dem Wunsche eingeleitet, das Eigentum in den Händen von deutschen Eigentümern zu bewahren. Auf der anderen Seite umfassen die Eintragungen in das Grundbuch für die Ansiedlungsgüter das Auerbenrecht. Dieses Recht gestattet, daß der Haupterbe Eigentümer der Ansiedlungsstelle wird, ohne daß eine Eintragung im Grundbuch stattfindet. Die polnische Regierung nimmt das Wiederkaufsrecht in Anspruch und läßt es ohne Ausnahme sowohl im Falle des Absterbens eines Eigentümers wie im Falle des Verkaufs des Grundstücks in der Weise aus, daß dieses unter vollem Ausschluß eines Nachfolgers deutschen Stammes an eine Person polnischen Stammes übergeht. Im allgemeinen erteilt die polnische Regierung fast niemals die Auflassung an einen Deutschen.

Die Petitionäre haben ihren Fall vor die polnischen Gerichte gebracht, die dahin entschieden haben, daß das Bestehen des Gesetzes vom 14. Juli 1920 ihnen genüge, und daß es ihnen nicht zustünde, zu prüfen, ob dieses Gesetz mit den Verträgen übereinstimme oder nicht.

Die polnische Regierung gibt zuerst eine eingehende Darstellung der Geschichte der Verwertung gewisser Teile Polens und der Tätigkeit der Ansiedlungskommission und des Otkarmenvereins. Seit 1886 seien 400 000 Hektar landwirtschaftlichen Grundbestandes gekauft worden und 10 000 deutsche Familien dort angesiedelt worden. Mehr als eine Milliarde deutscher Mark sei für diesen Zweck von der preussischen Regierung geopfert worden. Die Ausnahmefälle hätten den Polen jede Erwerbung von Grundeigentum unmöglich gemacht.

Die polnische Antwort hebt noch die Teile aus der Antwort der Alliierten vom 16. Juni 1919 auf die Gegenverstellung der deutschen Delegation auf die Friedensbedingungen hervor, wo gesagt wird, daß die deutschen Ansiedler usw. nicht nur durch natürliche Gründe nach Polen gekommen sind, sondern daß ihre Anwesenheit die direkte Folge der Politik der preussischen Regierung ist.

Zwischen der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages und dem Inkrafttreten des Vertrages von Versailles habe die Regierung in Berlin sich beeilt, eine möglichst große Zahl von Ansiedlern auf polnischem Gebiet festzusetzen. Im Jahre 1919 hätte die Regierung 900 Ansiedlerfamilien angestellt. 3518 andere Ansiedler könnten keinen Eigentumstitel für die Länder vorzeigen, die sie besitzen.

Das Wiederkaufsrecht sei der Regierung in jedem Verträge vorbehalten. Die preussische Regierung hätte weiteren Gebrauch von diesem Recht gemacht, um zu verhindern, daß die Ländereien an Personen übergingen, deren Gesinnung ihr nicht genügend polenfeindlich erschien.

Das Gesetz vom 14. Juli ist nach der Ansicht Polens nur die Festlegung der Rechte, die ihm durch den Vertrag von Versailles zuerkannt sind.

Es scheint uns, daß man drei Gruppen von Ansiedlern unterscheiden kann:

1. Diejenigen, die ihre Verträge vor dem 11. November 1918 abgeschlossen haben, aber die keine Auflassung erhalten oder sie erst nach dem 11. November erhalten haben.

Unter der Voraussetzung, daß die Eintragung im Grundbuch nur eine reine Formalität von der Art ist, daß die Tatsache, einen Vertrag abgeschlossen zu haben, ohne weiteres das Recht gibt, die Auflassung zu erhalten, müßte man sich fragen, ob die Aufhebung dieser Verträge mit dem Minderheitenschutzvertrage vereinbar ist, da es sich um eine Maßnahme handelt, die nur gegen Personen angewandt wird, die der deutschen Minderheit angehören.

2. Diejenigen Ansiedler, die ihre Verträge nach dem 11. November abgeschlossen und die unter Umständen ihre Auflassung nach dem 11. November erhalten haben.

Diese Frage hängt von der Bedeutung ab, die man dem Datum des Waffenstillstandsvertrages geben kann.

3. Die Ansiedler, die ihre Grundstücke von anderen Ansiedlern gekauft haben.

Was das Wiederkaufsrecht angeht, so scheint dieses im Rahmen der Verträge der Ansiedlungskommission im Vergleich mit den Regeln der vollständigen Übertragung des Eigentums an den Haupterben (Auerbenrecht) eine Ausnahmebehandlung eingeführt zu haben.

Wenn diese Bestimmung jetzt beinahe ausschließlich zugunsten von Polen und in der Art angewandt würde, es der deutschen Minderheit schwierig zu machen, ihre Grundstücke zu erhalten, so kann man sich fragen, ob dieses Verfahren mit den Bestimmungen der Artikel 7 und 8 des Minderheitenschutzvertrages vereinbar ist.

Was die Verschönerung der Petitionäre betrifft, daß ganz allgemein die polnische Regierung beinahe niemals einem Deutschen die Auflassung erteilt, so nehmen wir von der Erklärung der polnischen Regierung Kenntnis, daß die polnischen Staatsangehörigen deutschen Stammes bei ihren Kauf- und Verkaufshandlungen den Einschränkungen unterworfen sind, die für alle polnischen Staatsangehörigen bestimmt sind. Die „Auflassung“ kann also einem Deutschen nur aus demselben Grunde verweigert werden, aus dem man sie auch einem Polen verweigern würde.

II. Fragen des Minderheitenrechtes von allgemeiner Bedeutung.

Wir nehmen von den Informationen in der Denkschrift vom 24. Januar betr. die von der polnischen Regierung mit Hinblick auf die Anwendung der Artikel 8 und 9 des Minderheitenschutzvertrages bezüglich des Unterrichts beabsichtigten Anordnungen Akt.

Unter den Fragen von allgemeiner Bedeutung, die von den Petitionären aufgeworfen sind, greifen wir den Fall des Diakonissenhauses in Posen auf, dessen Tätigkeit behindert worden wäre.

Die polnische Regierung antwortet, daß die Handlungen dieser letzteren Vereinigung die öffentliche Sicherheit gefährdeten. Wir wären altförmlich, wenn die polnische Regierung dem Rat über diesen Gegenstand mehr ins einzelne gehende Informationen verschaffen wollte.

Eine andere Frage, deren man auch Erwähnung tun könnte, ist die der Lage der protestantischen Kirche.

Die Petitionäre bestreiten das Recht, das die polnische Regierung beansprucht, Kommissare in die Provinzialräte zu entsenden und ein Sechstel aller Synodalmittelglieder zu ernennen, wie auch den Präsidenten und die Mitglieder des protestantischen Konsistoriums zu bestimmen. Sie beklagen sich gleichfalls über die Versuche der polnischen Regierung, die Beziehungen der evangelisch-unierten Kirche in Polen und der evangelischen Mutterkirche in Preußen zu unterdrücken.

Die polnische Regierung antwortet, daß in den früher preussischen Landesteilen Polens die evangelisch-unierte Kirche und die lutherische Kirche von den Behörden in Berlin und Breslau abhängen. Diese Kirchen seien nach ihren Statuten dem landesherrlichen Kirchenregiment unterworfen. Der polnische Staatsetz ersehe den König von Preußen in seinen Funktionen. Die alt-lutherische Kirche habe diese Lage der Dinge anerkannt, während die evangelisch-unierte Kirche aus lediglich politischen Gründen sich geweigert habe, die neue Lage anzunehmen. Die Maßnahmen der polnischen Regierung, gegen welche die Petitionäre sich wenden, seien im März 1921 auf der Konferenz der protestantischen Kirchen in Warschau erörtert worden. Diese Konferenz habe sich kategorisch gegen die preussischen Thesen ausgesprochen. Die Regierung wache über der Ausarbeitung eines Spezialgesetzes, das endgültig die Lage der protestantischen Kirche in Übereinstimmung mit den Artikeln 113 und 115 der polnischen Verfassung regeln solle.

In einer Denkschrift, die dem Völkervereinigung durch die Vertreter der evangelisch-unierten Kirche am 4. August 1920 überreicht ist, erkennt man das Recht des polnischen Staatsetz, den König von Preußen als oberste Behörde der Kirche zu ersehen, nicht an. Die Funktionen des „summus episcopus“ wären vom König von Preußen in seiner Eigenschaft als erstes Mitglied der Kirche ausgeübt worden.

Wir würden altförmlich sein, wenn die polnische Regierung dem Rate Informationen über die augenblickliche Lage dieser Kirche und über die gesetzlichen Maßnahmen, die in Ausführung der Artikel 113 und 115 der polnischen Verfassung ergriffen sind, mitteilen könnte.

Die Petitionäre beklagen sich des weiteren über die Verordnungen, die als Bedingung für das passive Wahlrecht zu den Kommunalkörperschaften die völlige Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift verlangen. Die deutschen Kandidaten seien gehalten, sich einem Examen vor den Wahlkommissionen zu unterwerfen. Diejenigen unter ihnen, die nicht mehr jung sind, aber gerade aus diesem Grunde das Vertrauen ihrer Mitbürger genießen, säßen sich außerstande, die polnische Sprache in zwei Jahren zu erlernen.

Die Antwort der polnischen Regierung beruft sich auf die Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages, der Polen das Recht zuerkennt, eine offizielle Sprache einzuführen, und erklärt, daß die polnische Regierung das Recht habe, von denen, die berufen werden, um Polen zu verwalten, die Kenntnis der polnischen Sprache zu verlangen. Die polnische Regierung behandle übrigens diese Frage in einem Geist weitherziger Toleranz, indem sie sich vollkommen Rechenschaft darüber gebe, daß man den polnischen Staatsangehörigen mit deutscher Sprache eine gewisse Zeit lassen müsse, um polnisch zu lernen.

Es scheint, daß selbst wenn die Bestimmung des Art. 7 des Minderheitenschutzvertrages über die Einführung einer offiziellen Sprache den Gebrauch des Polnischen als Verhandlungssprache in den Kommunalkörperschaften rechtfertigen kann, man sich doch fragen müßte, ob man aus diesem Grunde die Wahlbarkeit von Kandidaten bestreiten kann, die diese Sprache nicht kennen.

III. Fragen der Interpretation gewisser Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages.

Die Petitionäre beklagen sich, daß die polnische Regierung gewisse Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages in einer Weise interpretiert, die ihm erlaubt, die polnische Staatsangehörigkeit solchen Deutschen zu verweigern, die nach Ansicht der Petenten das Recht haben, polnische Staatsangehörige zu werden. Man bittet deshalb um eine authentische Interpretation der Bestimmungen, die sich auf den Erwerb der Staatsangehörigkeit beziehen.

1. Artikel 8 des Minderheitenschutzvertrages bestimmt, daß die deutschen Reichsangehörigen, die am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages auf polnischem Gebiet wohnen, als polnische Staatsangehörige anerkannt werden, aber unter Vorbehalt jeder Bestimmung des Friedensvertrages mit Deutschland, die sich auf Personen bezieht, welche sich nach einem festgesetzten Zeitpunkt auf dem Gebiet niedergelassen haben. Die fragliche Regel des Vertrages zu Versailles findet sich in Artikel 91 und setzt fest, daß die deutschen Reichsangehörigen oder ihre Nachkommen, die ihren Wohnsitz nach dem 1. Januar 1908 auf das Gebiet verlegt haben, die polnische Staatsangehörigkeit nur mit einer besonderen Ermächtigung des polnischen Staates erwerben können.

Die Petitionäre beklagen sich, daß die polnische Regierung verlangt, daß der Wohnsitz in ununterbrochener und rein physischer Weise von 1908 bis 1920 bestanden haben muß. Jemandem persönliche Abwesenheit bedeute in der polnischen Verwaltungspraxis eine Unterbrechung, welche den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit ausschließt.

2. Die Bestimmung des Artikel 8, nach der es erforderlich ist, am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages auf polnischem Gebiet Wohnsitz zu haben, wird von dem Volsen in dem Sinne interpretiert, daß die rein physische Anwesenheit am 10. Januar 1920 notwendig war, während nach Ansicht der Petitionäre der Domizilbegriff sagen will, daß die betreffenden Personen in erkennbarer Weise das Zentrum ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages auf polnischem Gebiet haben.

3. Die polnische Regierung erkennt den Begriff „doppelter Wohnsitz“ nicht an. Zahlreiche Deutsche besaßen Grundstücke sowohl diesseits wie jenseits der neuen Grenze und wohnten bald auf dem einen, bald auf dem andern. Ihnen wird die polnische Staatsangehörigkeit verweigert.

4. Der Artikel 4 des Minderheitenschutzvertrages erkennt als polnische Staatsangehörige die Personen deutschen Stammes an, die auf polnischem Gebiet von dort wohnhaften Eltern geboren sind, auch wenn sie am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages selbst nicht mehr dort wohnten. Nach Darstellung der Petitionäre ist die einzig vernünftige Interpretation dieser Bestimmungen die, daß die Eltern der auf diesem Gebiet geborenen Person dort im Augenblick der Geburt ihren Wohnsitz haben mußten, während die polnische Regierung behauptet, daß die Eltern dort noch am 10. Januar 1920 gewohnt haben müssen.

Die Interpretation der polnischen Regierung führe dazu, daß selbst ein Siebziger, der sein ganzes Leben in dieser Gegend zugebracht hat, die polnische Staatsangehörigkeit nicht erwerben kann, wenn seine Eltern tot sind, und wenn er am 10. Januar 1920 nicht dort gewohnt hat.

Die Petitionäre werfen noch die Frage der Einheit der Familie auf. Sie verlangen, daß Personen, die Erben von Grundeigentum in Polen, das lange der Familie gehörte, geworden sind, das Recht haben, polnische Staatsangehörige zu werden, selbst wenn sie nicht die Bedingungen erfüllen, die in den Verträgen für den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit vorgesehen sind.

Die polnische Regierung kann dieses Prinzip nicht anerkennen. Fremde Staatsangehörige würden ermächtigt werden, die polnische Staatsangehörigkeit in gleicher Weise zu beanspruchen, wie man irgend eine Erbschaft in jedem fremden Lande beansprucht.

Wir werden auf die im Wortlaut wiedergegebene Denkschrift der Dreierkommission des Völkerbundes noch in einer ausführlichen Besprechung zurückkommen, die uns Gelegenheit geben wird, einmal den positiven Inhalt der Kommissionswünsche festzustellen und ferner verschiedene kritische Betrachtungen der polnischen Regierung zu der Denkschrift des Deutschbundes zu berichten.

Nachstehend geben wir noch den Wortlaut des Art. 7 des Minoritätenschutzvertrages wieder, auf den das Memorandum der Herren Symans, Imperiali und Joffi wiederholt Bezug nimmt.

„Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetze gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte, ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion. Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder des Bekenntnisses darf keinem polnischen Staatsangehörigen hinderlich sein im Hinblick auf den Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte, insbesondere auf die Zulassung zu öffentlichen Ämtern, öffentlichen Dienststellen und Ehren oder auf die Ausübung der verschiedenen Berufe und Gewerbe. Es darf keine Bestimmung erlassen werden, die die polnischen Staatsangehörigen im freien Gebrauch irgendeiner Sprache beschränkt, weder in privaten oder Handelsbeziehungen, noch in Angelegenheiten der Religion, der Presse oder der Veröffentlichungen aller Art, noch in öffentlichen Versammlungen. Unbeschadet der Festsetzung einer öffentlichen Sprache durch die polnische Regierung sollen den polnischen Staatsangehörigen mit einer anderen Sprache als der polnischen vernünftige Erleichterungen für den mündlichen oder schriftlichen Gebrauch ihrer Sprache vor den Gerichten gewährt werden.“

Bommerellen.

7. Juni.

Grandenz (Grudziaz).

Teuerungszuschläge. Langwieriger Geschäftsgang. Die Postbeamten und einige andere Beamtencategorien erhielten die zustehende Teuerungszulage von 60 Prozent bereits vor dem Fest ausgezahlt und konnten dafür noch Anschaffungen machen. Andere Beamtengruppen erhalten die Zulage erst später, sogar erst in den letzten Tagen des Monats. Die Teuerungswelle ist dann bereits wieder gestiegen. Manchen Beamtencategorien wird das Gehalt durch Postcheckkonto ausgezahlt. Bis dahin wurde vom Geldbriefträger die Scheckkarte ausgeteilt und in seiner Gegenwart unterschrieben. Das Geld konnte auf die Karte am Postschalter in Empfang genommen werden. Da für Ein- und Auszahlung nur ein Schalter geöffnet ist, dauert es ziemlich lange, bis die Gehaltsauszahlung erledigt ist. Neuerdings wird der Scheck vom Briefträger nicht mehr übermittelt, sondern nur ein Zettel übergeben, dessen Empfang bescheinigt werden muß. Mit diesem Zettel muß der Beamte selbst zur Post gehen, sich durch Ausweis legitimieren und erhält dann erst sein Geld. Der Geschäfts-

gang ist durch die Neueinrichtung sehr erschwert, was aber nötig geworden zu sein scheint.

Der letzte Vieh- und Pferdemarkt war nur gering besucht und beschränkt, der Umlauf recht mäßig. Die besseren Futterverhältnisse in der Niederung scheinen dabei bedeutend mitzureden zu haben.

Das städtische Lokal im Stadtpark ist von dem Pächter an ein Konfitorium abgetreten. Dieses hat sich aus einer Anzahl von Kellnern gebildet, welche das nötige Kapital aufbringen und die Verwaltung übernehmen. Die Pachtung des Waldhauseins dauert noch einige Jahre.

Die Herstellung von Korbmöbeln war derart gestiegen, daß einzelne Produzenten die Arbeit bereits einstellen mußten. Die Materialien, wie weiße Stöcke und Weiden, sind außerordentlich im Preise gestiegen. Die Fertigware ist daher auch bedeutend teurer geworden. Den Hauptgewinn nehmen aber die Händler. Gewöhnlich werden von diesen die Korbmöbel mit einem Aufschlag von ca. 100 Prozent ohne jedes besondere Risiko weiterverkauft. Leider mangelt bei den jetzigen Waren meist die saubere Ausführung. Es kommt noch dazu, daß die besseren Zutaten, wie Pöbzig- und Weidenrohr, für schweres Geld nicht aufzutreiben sind. Das Pfund Drahtnagel kostet ca. 500 Mark und nicht immer ist die erforderliche Sorte zu bekommen. Bessere Ware zur Ausfuhr ist daher kaum anzufertigen.

Kapellmeister Rott, der aus dem Heeresdienst ausgeschieden ist, bleibt in Grandenz und wird eine Privatkapelle zusammenstellen. Die nötigen Kräfte stehen ihm zur Verfügung.

Der erste frische Torf wurde in kleineren Mengen anverkauft. Eine richtige Preisbildung hat noch nicht stattgefunden.

Aus dem Kreise Grandenz, 6. Juni. Nach der Besitznahme Westpreußens durch Friedrich den Großen hielt dieser alljährlich im Herbst, wenn die Felder vom Getreide geräumt waren, in der Ossaebene und dem benachbarten Gelände große Manöver ab, zu welchen auch seine Regimenter aus Ostpreußen erschienen mußten. In dem Dorfe Mokra ließ der König sich ein Fachwerkgelände erbauen, in dem er während der Manöver wohnte. Vor etwa einem Jahrzehnt wurde von patriotischen Männern aus Grandenz und Umgegend auf der Stelle, wo das einfache Haus des Königs gestanden, ein einfaches Denkmal errichtet. Aus Findlingen war ein Podium zusammengestellt, auf dem eine einfache Gedenktafel angebracht war. Nach der Besetzung ist das Denkmal entfernt. Die Gedenktafel ist an anderer Stelle untergebracht worden.

Thorn (Torun).

Marktbericht. Der Wochenmarkt am 3. Feiertag war schwach besucht und wies auch verhältnismäßig wenig Käufer auf. Die Preise für Butter und Eier waren noch „feiertagsmäßig“, so wurde z. B. für das Pfund Butter immer noch 950 Mark und für die Mandel Eier 550 bis 600 Mark verlangt. Gemüse war zu unveränderten Preisen erhältlich, allerdings nur sehr geringe Mengen. Für Spargel forderte man 50 bis 250 Mark je Pfund, für Blumenkohl 300 und 400 Mark pro Kopf. Frische Gurken kosteten 400 bis 700 (!) Mark das Stück. Kartoffeln wurden mit 2000 bis 2500 Mark gehandelt. Pilze haben wir nicht, desgleichen Fische. Neu waren Stände mit Backwaren wie Brezeln (3 Bündchen 100 Mark) und Würstchen zu 30 Mark. In Blumen, geschnitten und in Töpfen, ferner in Blumen- und Gemüseplanzen war viel angeboten.

Von der Weichsel bei Thorn. Das Wasser ist in stetigem Anstiegen in allen Fällen begriffen. Ein Teil der vorjährigen Sandbänke liegt nunmehr bereits über der Wasseroberfläche, so z. B. am sog. Buchstort, bei Treptow, oberhalb der Eisenbahnbrücke, in der Nähe des „Pilzes“ und bei „Wieses Ränge“. Der Schiffsverkehr ist außerordentlich gering. Während der Feiertage ist nichts eingetroffen; nach Danzig abgeschwommen sind zwei Rähne der Towarzystwo Mle. Warszawa, mit Holz beladen.

Pfingstfrühkonzert. Von herrlichem Pfingstmetter begünstigt, veranstaltete der Männergesangsverein „Fiedlerfreunde“ am Sonntag früh sein übliches Pfingstkonzert im „Zigeleipark“, das diesmal durch die Mitwirkung der Streichorchesterkapelle auch Instrumentalvorträge bot. Der Verein sang unter Leitung seines bewährten Chormeisters, Herrn Seibert, zwölf Lieder und errang durch die künstlerisch abgerundete Art seines Vortrags einen vollen Erfolg bei dem zahlreich erschienenen Publikum.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes, in Zeitungspapier und einen Karton verpackt, wurde vor einigen Tagen auf dem altstädtischen Friedhof (katolischen Teil) gefunden. Die Untersuchung ist eingeleitet worden.

Culm (Chelmo), 4. Juni. Dem Besitzer Wiert in Jamrau wurde in den letzten Tagen ein Saugkalb von der Weide gestohlen. Einem Besitzer in Podmit wurden nachts drei junge Pferde von der Weide entführt. Der Zaun war umgebrochen und die Tiere waren verschwunden. — Der Nachtfrost hat hier auch am Gewässer einigen Schaden angerichtet. — Eine eigentümliche Auffassung haben manche von den neuen Grundstücksbesitzern. Sie zahlen bereits seit Jahren nicht die Zinsen der eingetragenen Hypotheken, sehen sich mit den Gläubigern auch in kein Einvernehmen. — Recht hohe Preise fordert man jetzt für junge Gänse. Während man dieselben vor einigen Wochen noch für 500 Mark verkaufte, verlangt man jetzt 1500 Mark für das Stück. Es handelt sich um einige Tage alte Tiere. — Vor einiger Zeit wurde auch in unserm Kreise eine Bullenordnung eingeführt. Als Deckgeld erhalten die Bullenbesitzer ein bedeutendes Quantum Roggen. Für Viehbesitzer, die keinen Roggen ernten, ist dieses eine sehr hohe Belastung. Die Körordnung schadet mehr als sie nützt. Auch die kleinsten Landwirte halten nun bei zwei bis drei Kühen einen Bullen, der in den meisten Fällen kein Muttertier und ein unnützer Fresser ist.

Dirschau (Tczew), 6. Juni. Am 1. Feiertag um 1/10 Uhr abends hat sich in der Moltkestraße vor dem Rumelpark, also auf einem zu dieser Zeit noch sehr belebten Platz, der 19jährige Klempner Leo Tielowski aus Mewe durch einen Sturz in den Kopf erschossen. Er war in einer hiesigen Fabrik als Klempner beschäftigt und soll mit seinen in Mewe wohnenden Eltern eine nichtslagende briefliche Auseinandersetzung gehabt haben, die er sich so zu Herzen nahm, daß er die Tat verübte. Verwunderlich ist es nur, wie ein solch kaum dem Knabenalter entwachsener junger Mensch im Besitz eines modernen Brownings sein kann.

Neustadt (Wejherowo), 4. Juni. Bei der Wallfahrt bestanden wurde der Vikar Miklewski, der in der vorigen Woche den Wallfahrtszug von Berent nach Neustadt führte. Während d. bei der Prozession war, verschwand vom Aufschwaben sein wertvoller Pelermantel.

Schwet (Swiecie), 4. Juni. Der Graswuchs ist wesentlich besser als im Vorjahre. Auf günstige gelegenen Weiden will man nach dem Feste bereits mit dem Mähen beginnen. Das Getreide hat sich recht gut entwickelt, wenn es auf leichtem Boden auch dünn geblieben ist. Für die spät gepflanzten Kartoffeln ist ein durchdringender Regen sehr erwünscht. Der Frost hat nur geringen Schaden

angerichtet. — Seit langen Jahren besteht im Kreise eine alilutherische Gemeinde in Wilhelmshafen. Diese besitzt ein eigenes Kirchlein, jedoch keinen Geistlichen. Die Sonntagsandachten werden von Laien verlesen. Zu hohen Festtagen, Taufen, Trauungen, Begräbnissen, Konfirmationen kommt der alilutherische Geistliche aus Marienwerder. Durch die politische Umgestaltung ist der Besuch des Geistlichen sehr erschwert. Eine kleinere Gemeinde ist noch in Jezorken, die mit der Gemeinde Wilhelmshafen in naher Beziehung steht.

Starogard (Starogard), 6. Juni. Vom Blich erschlagen wurde in Salachta (Kreis Starogard) die 30jährige Wielida. Ihr 20jähriger Bruder wurde schwer verletzt. Beide saßen während des Gewitters am offenen Fenster.

Zempelburg (Cepolino), 3. Juni. Der Kreis-Land- und Fuchel-Zempelburg e. V. berichtet in der Verbandszeitschrift: „Eine landwirtschaftliche Woche in gewissem Sinne wenigstens — veranstaltete unser Verband durch seine vom 6.—12. Mai einschl. stattgehabten Ortsgruppenversammlungen und Sprechstage, die, das sei gleich vorweg bemerkt, im großen und ganzen befriedigend, teilweise sogar sehr gut besucht waren. Es wurden durch den Verbandsdirektor nacheinander besucht: Sochnow, Pochburg, Walsau, Gr. Bollwitz, Rogalin, Jastresken, Sittnow, Pempersin, Wandsburg, Zempelburg und Kamin. In allen Versammlungen wurde über die Entwicklung und die Erfolge der Verbands- und Bundesarbeit und über schwebende Tagesfragen Vorträge gehalten, dem sich meist eine lebhafte Diskussion anschloß. Das Fazit der ganzen Versammlungswoche ergab zweierlei: Auf der einen Seite konnte man bei den erschienenen Mitgliedern viel Interesse und wachsendes Verständnis für die Landverbandsorganisationen und ihre Aufgaben feststellen, das bei vielen durch entsprechende Daten bezeugt wurde. Auf der anderen Seite allerdings ist, was nicht weiter wunder nimmt — bei allen denen, die von den Einrichtungen und Darbietungen des Landverbundes durch mehr oder weniger große Indifferenz nichts wissen und deshalb auch keinen Gebrauch von ihnen machen, viel Verständnislosigkeit, ja, oftmals eine gewisse Opposition zu bemerken, über die man eben angelegentlich entsprechende Unterweisung, nicht weiter erlangen kann. Es wird Aufgabe aller überzeugten Anhänger unserer Sache sein, die gegenwärtigen und trüben Elemente zu bekämpfen und aufzuräumen, damit allmählich auch sie zu brauchbaren Gliedern am Körper des Landverbundes werden.“

Aus dem Gerichtssaale.

Danzig, 2. Juni. Der Expeditionsgehilfe Mieczyslaw Swienkiewski aus Warschau stand vor der Strafkammer unter Anklage des Betruges und der Urkundenfälschung. Er ist erst 19 Jahre alt, aber bereits wegen Betruges vorbestraft. Er suchte sich in Danzig ein Wirkungs-feld und machte neben seinem Beruf noch Privatgeschäfte. Einem zugewanderten Kaufmann verkaufte er für 60 000 Mark Stoffe, die angeblich in Neufahrwasser von einem Dampfer abzuholen wären. Er ließ sich auf dieses Geschäft 20 000 Mark anzahlen. In Wirklichkeit war aber alles Schwindel. Dann lernte er in einem Lokal einen Kapellmeister kennen, der von dem gleichen „Stoff“ für 17 000 Mark kaufte und 12 000 Mark anzahlte. Die Strafkammer war der Meinung, daß hier gleich mit einer wirksamen Strafe vorgegangen werden müsse und erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus wegen Betruges in zwei Fällen und schwerer Urkundenfälschung.

Schimpflicher Konkurrenzneid. Kurze Zeit nach der Besetzung Ostpreußens (bei Wiesbaden) durch die Franzosen erhielt der französische Kommandant einen Brief folgenden Inhalts: „Herr Kommandant, ich muß Ihnen mitteilen, daß sich in dem Hause des praktischen Arztes Dr. Klein in Ostpreußen eine hochfeine Zimmereinrichtung befindet, die während des Krieges in Frankreich oder Belgien geraubt worden ist. Diese Angabe kann ich beschwören.“ Eine Unterschrift fehlte. Auf diese Denunziation hin wurde Dr. Klein von den Franzosen sofort verhaftet und seine ganze Wohnungseinrichtung beschlagnahmt. Er konnte jedoch an Hand von Quittungen und anderen Belegen nachweisen, daß der größte Teil der beschlagnahmten Gegenstände sich schon seit dem 18. Jahrhundert in dem Besitze seiner Familie befindet. Den übrigen Teil, es handelte sich um eine geschmückte Zimmereinrichtung, hatte er sich während des Krieges in einer französischen Kunsthandlung im besetzten Gebiet auf Bestellung anfertigen lassen und mit Genehmigung der deutschen Militärbehörde in die Heimat geschafft. Da er alle diese Angaben beweisen konnte, wurde er nach Stellung einer Kaution von 50 000 Mark aus der Haft entlassen. Das Ergebnis einer sofort aufgenommenen Nachforschung über die Herkunft des Briefes bestätigte den Verdacht, daß der Brief von seinem Berufscollegen, dem prakt. Arzt Dr. Arthur Peisch, der ausgleich sein persönlicher Gegner war, herstammte. Darauf wurde dieser wegen Verleumdung vom Landgericht Wiesbaden zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat auf Grund der Aussagen von Schriftführern für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte der Verfasser des genannten Briefes ist. Der Anlaß zu seiner unvorsichtigen Handlungsweise ist ein tiefer Haß, den er gegen seinen Konkurrenten hegte, gewesen. Gegen das Urteil hatte Dr. P. Revision eingelegt. Er erklärte persönlich vor dem Reichsgericht, bestritt seine Schuld und versuchte, den Nachweis zu führen, daß er nicht der Verfasser jenes Briefes sei. Weiter führte er aus, daß er, wenn er den Brief geschrieben hätte, nur in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätte (!). Auf Antrag des Dr. K., der persönlich vor dem Reichsgericht als Nebenkläger erschienen war und auf Antrag des Reichsanwalts verwarf das Reichsgericht die Revision als unbegründet.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 6. 6. in Zawadzki — (0,94), Warszawa — (0,95), Plock — (—), Thorn 0,32 (0,50), Gdonsk 0,22 (0,31), Culm 0,12 (0,20), Grandenz 0,29 (0,38), Kurzebrak 0,68 (0,80), Montau 0,14 (0,26), Piel 0,07 (0,06), Dirschau 0,08 (0,22), Einlage 2,26 (2,40), Schiewenhorst 2,50 (2,66). Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Trinkt Porter Wielkopolski

Bank Stefan Samoliński, Danzig

Hundegasse 99 — Tel.: 6920, 6921, 5121

An- und Verkauf von Effecten und Devisen

Checkverkehr — Finanzierungen

Die glückliche Geburt eines gesunden
Pflingstjungen zeigen hoch erfreut an
Otto Bumke
und **Frau Bertha**
geb. Schröder.
Legnowo, den 4. Juni 1922.

Am Mittwoch, den 31. Ma, verschied
nach langem, mit großer Geduld getragenen
Leiden unsere treuherzige Tochter,
Schwester, unsere liebe Tante, die
Diatonisse
Elise Lüdte
im 47. Lebensjahre.
Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen
Heinrich Lüdte,
Schubin, den 6. Juni 1922.
Die Beerdigung fand am Sonnabend,
den 3. Juni von der Kapelle der Posener
Diatonistenanstalt statt.

Nachruf.
Am 4. Juni verstarb nach langem
schweren Leiden der Herausgeber der
früher hier erscheinenden „Ostdeutsche Presse“
Herr
Richard Krahl
Ehrenvorsitzender und Mitbegründer
unseres Vereins.
Wir verlieren in ihm ein treues Mit-
glied, dessen Andenken wir stets in Ehren
halten werden.
Die Beerdigung, zu welcher um recht
zahlreiches Erscheinen gebeten wird, fin-
det am Donnerstag, den 8. 6., um 11^{1/2} Uhr
vormittags von der Leichenhalle des alten
evgl. Friedhofs aus statt.
Der Ruder-Verein
Bromberg.

Zurück!
Dr. Goldbarth,
Danzigerstr. 165. Tel. 1714.
Verreise!
bis 20. Juni
Dr. med. Studzinski,
Waldow bei Prusca.

Zahn-Praxis
Paul Bowski, Dentist
Mostowa (Brückenstr.) 10. Tel. 751.
Früher Techn. der Universität Berlin u. beim
Professor d. Universität Münster.
Kronen. Brücken. Füllungen.
Sprechstunden v. 9-1 u. 3-6 Uhr.

Ich habe Telephonanschluß
Nr. 1387
erhalten.
Holzhauser, prakt. Tierarzt,
ul. Gdańska 23, I L.

Große
Auktion.
Mittwoch, den 21. Juni,
um 11 Uhr vormittags
werde ich wegen Aufgabe der Probstei
jämtl. lebendes u.
totes Inventar
meistbietend verkaufen.
Besichtigung kann zu jeder Tageszeit erfolgen.
Ignac Olejnik,
Probsteipächter,
Łasko wielkie (Gr. Łonck),
p. Buszki, powiat Bydgoszcz.

Wagen jeder Art
großes Lager

Fahrzeugfabrik Rich. R. Schmidtke, Bydgoszcz.

Zu jedem annehmbaren Preise
Hüte und Garnituren
in großer Auswahl. Umarbeitungen schnell und schid.
Blumen. :: :: Blumen.
Niedzwied-ia 4 Martha Ruhrte, Spezial-
Bärenstraße 4, Bugheschaft.


HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und
ausländische Häfen. — Hervorragende
III. Klasse mit Speise- und Rauchsaa.
Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
5598 HAMBURG, Alsterdamm 25.

Warnung.
In letzter Zeit wurde ein Ceyloner Tee
auf den Markt gebracht, dessen Auf-
machung unsere Originalpackung nach-
ahmt und auch mit unserer Nr. 76 ver-
sehen ist.
Feinschmecker und Kenner, die einen
wirklich guten Tee zu erhalten wünschen,
wollen ihr Augenmerk richten auf unsere
gesetzlich geschützte Schutzmarke mit
Fabrikzeichen:
Nr. 76 mit der Chinesin
Dom Handlowy
Bracia Wieliczki i S-ka.
Warszawa
angemeldet unter Nr. Z 757/3 7165/22
im Patentamt des Min. für Handel und
Industrie. Denn nur echter Ceyloner
Tee wird in dieser Packung in den Handel
gebracht.
Jegliche Fälschung und Nachahmung
unserer ges. gesch. Warenzeichen wer-
den wir strafrechtlich verfolgen.
Verlangt echten Tee Nr. 76
mit der Chinesin.
Vertretung und alleiniger Verkauf
für Polen und Pommerellen:
Centrala Importu Bessert & Co.
T. z. o. p
Poznań, pl. Nowomiejski 7.
Telefon 1685 — 1690.

Kienteer
liefert
Kohlenkontor Bromberg
ul. Jagiellońska 46/47. Telefon 12 u. 13.

Torffestemaschinen
10, 12 u. 15 Fuß Tiefgang
sofort ab Lager lieferbar!
Außer kleinem Zubehör werden mitgeliefert: zirka
6 m Abfuhrbahn u. 4 Rollen m. Achs.
Gebrüder Ramme, Bydgoszcz,
Sw. Tróje 14b. Tel. 79.

Jedes Quantum
Torf
oberschlesische u. bombrow.
Kohle, Holz
Klein gehauen und raum-
meterweise sowie
Buchen-Holzbohle
en gros und détail zu
mäßig. Preisen empfiehlt
Ja. „OPAL“
ul. Dworcowa 18d
(Bahnhofstr.)
Telefon 1285.

Offene Stellen
Gefucht zum 1. Oktober
ein unverheirateter
Brennerei-
Berwalter
zuverlässig, erfahren auch
in kleinen Reparaturen.
Zeugnisse und Gehalts-
anprüche an
Geheimrat Jonas
Sandtowa, p. Mogilno.

Brennerei-
Berwalter
verb., deutsch, engl., mit
guten langjähr. Zeugn.,
poln. Sprache mächtig,
vertr. mit Buchführung,
Müllerei, kautionsfähig,
zum 1. Juli oder 1. Ok-
tober gel. Gef. Angebote
Brennerei-
Genossenschaft,
Kogowlo, Post Kogowlo,
pow. Żnin.
Suche z. 1. 7. erf., verb.
Brennerei-
Berwalter
der der poln. Sprache in
Wort u. Schrift mächtig, u.
mit Führung der Guts-
vorstehergeschäfte u. mit
elektr. Lichtanlage ver-
traut ist. Zeugn. u. Ge-
haltsanpr. einreichen an
Gutsbes. **Lehmann**,
Karbowa bei Brodnica
(Pommerellen). 6947

Jüngerer
Holzkaufmann,
der polnisch, u. deutschen
Sprache in Wort u. Schrift
mächtig, wird von einer
Aktiengesellschaft für die
Abt. Sägewerksbetrieb u.
Holzexport gelucht. Der-
selbe hat den Ein- u. Ver-
kauf zu leiten. Bei zuver-
lässig. Leistung Dauer-
stellung gesichert. Gef.
Angebote mit Zeugnissen
und Lebenslauf, sowie
Gehaltsansprüchen unter
J. 6907 an die Geschäfts-
stelle.
Für un. Sägewerk suchen
wir v. lof. einen erfahren.
Brüdenmeister.
Zu melden bei Ja. „Tri“,
Toruńska 177. 6937

Jüngerer
Schreiber
der auch Botengänge ver-
richten muß, lucht
„Nita“ Tow. M. Budowl.,
Bydgoszcz, 6907
Marcintowstiego 9.

Tüchtiger
Maschinen-
Reparatur-
Schlosser
und
Lehrling
können sich melden.
Otto Goede
Maschinenbau-
und Reparaturwerkstatt,
Wiesbort (Wandsburg).
Maurerposten-
gefallen
stellt sofort ein
„Nita“ Tow. M. Budowl.,
Marcintowstiego 9. 6910

Wir suchen zum mögl.
sofortigen Antritt
Volontär
oder
Lehrling
mit nur guter Schul-
bildung.
Kohlenkontor Bromberg
ul. Jagiellońska 46/47.
Telefon 12 u. 13.

Lehrlinge
zur gründlich. Erlernung
der Steinbildhauerei u.
Steinmetzerei stellt gegen
zeitgemäße Kostgeldver-
gütung ein
G. Wobla, Steinmetz-
meister, Bromberg,
Bahnhofstr. 79.

Lehrlinge
stellt ein
Schlossermeister Gubel,
Bydgoszcz, Dworcowa 82.
Lehrling
geucht.
Gebr. Schwadte,
Großdelf. und Lit.-Fabr.
Rittergut Żurawia
bei Kocina
sucht zum 1. Juli eine ev.
Rechnungsführerin
Poln. Sprache erwünscht,
jedoch nicht Bedingung.
Abschrift von Zeugnissen
und Gehaltsforderungen
einzuweisen an die Guts-
verwaltung. Reine An-
wort innerhalb 8 Tagen
gilt als Ablage.

Kontoristin
für leicht Arbeiten i. Lab.
geucht. Borkenm. nicht
erforderl., dagegen gute
Schrift, etwas polnisch.
Kurzen Lebenslauf und
Gehaltsanpr. u. 2. 8605
an die Geschäfts- d. Stg.
Tüchtige
Haus-Schneiderin
die evtl. auch Mäde näht,
sofort für einige Wochen
auf Land gelucht. Offert.
mit Preisforderung unter
B. 8570 an die Geschäfts- d. Stg.
Mädchen f. Druderei
gelucht. **Gdańska 6,**
Papiergeschäft. 8653

Tüchtige Arbeiterin
für Schneiderei gel. 864
Gesam. Bräumer,
ulica Śniadeckich 49.
Suche zum 1. Juli 22 ein.
Kinder-Fräulein
od. besser. Aidermädchen
zu dann 2 Monate altem
Bab. Bewerbungen mit
Gehaltsansprüchen an
Maria Ansope, 6988
Domin. Kiebasient, bei
Lwierzno, Kreis Toruń.
Ein
älteres Mädchen
sucht verl. Ernst Jung,
Kornmarktstr. 5. 8582

Platzmeister
allererste Kraft, für mein in Pommerellen gelegent.
Dampfsägewerk (2 Gatter) zum sofortigen Eintritt
zur selbständigen Leitung gelucht. Bewerber, die
der deutschen und polnischen Sprache in Wort und
Schrift mächtig sind, im Einlauf von Rundholz
gut bewandert, den Einschnitt u. Sortierung selb-
ständig ausführen können, wollen Angebote mit
Zeugnisaufschriften sowie Gehaltsansprüchen unter
Berücksichtigung freier Wohnung unter M. 6935
an die Geschäftsstelle dieser Zeitung einreichen.

Tüchtige Maurer
stellen ein
Muscate, Betde & Co.
Maschinenfabrik Tczew (Dirschau).

Geprüfte, zuverlässige
Dachdecker-
Gesellen
werden eingestellt von
J. Vietschmann, Bydgoszcz,
Dachpappenfabrik u. Bedachungsgeschäft,
Grudziądzka (Jatobitr.) 7/11.

Gesucht werden Musiker
(Nur erste Kräfte. — Dauerstellung.)
1. Geige, Sax, Flöte, Trompete (Kornett) und
große Baute. Meldungen von 5 Uhr nachm. ab im
Kino „Gorso“, Bydgoszcz, Gdansk 18.

Hiesiges Kommissions-Büro
sucht per sofort oder später eine
Bürodame
perfekt in der polnischen sowie deutschen Sprache,
im Rechnensreiben und Stenographie. Schrift-
liche Offerte mit Lebenslauf und Gehaltsforderung
zu richten unter A. 6917 an die Geschäftsst. d. Stg.

Eine perfekte Buchhalterin
eine Stenotypistin
einen Lehrling
mit guter Schulbildung möglichst in Deutsch und
Polnisch bewandert, für unser Kontor sofort gelucht.
Selbstgeschriebene schriftliche Offerte mit Lebens-
lauf und Gehaltsansprüchen erbittet
Graudenz, Dachpappen-Fabrik
Benzle & Duday, Graudenz.

Perfekte Stenotypistin
sofort gelucht. Schriftliche Bewerbungen erbeten.
Ludwig Buchholz,
Bederfabrik, Garbary 35/40.

Badeort Brzoza (Sofengarten)
sucht für die Sonntage mehrere
Mädchen od. Frauen
zum Bedienen der Gäste.

Haarnekstriderinnen
stellt für dauernd ein
L. & S. Wodratowski, Pomorska Nr. 17.
Junges Mädchen
für den ganzen Tag zu
einem Rinde gelucht.
**Kinder, Dr. E. Warmi-
stiego (Gammstr.) 2.**
Suche zum 1. Juli ein
gewandtes erstes
Stubenmädchen.
Zeugnisse u. Gehaltsanpr.
zu senden an
Baronin von Leesen,
Tschinn p. Świecicha, pow. Leszno.
Aufwärterin
für den ganzen Tag sofort
verlangt **Toruńska 176.**

Stellengefuche
Gutsverwalter, energisch, der die Landwirtschaft
in Deutschl. pratt. u. theoret. erlernt hat, der deut-
schen u. poln. Sprache vollkomm. mächtig, mit aut.
Zeugnissen u. Empfehl., lucht per sofort Anstellung
auf größerem Gute. Off. u. „Gutsverwalter“ an d.
Ann.-Exp. „Astar“, Łódź, Piotrkowska 185.
Suche per 1. VII. oder
später Stellung als
Berwalter
wo Verheiratet. gestattet.
Am liebsten auf Vorwerk.
Off. unter B. 6875 an die
Geschf. d. St. Rdch. erb.
Jüng. Chauffeur
Klasse 3b, lucht v. lof. od.
später Stellung. Off. u.
A. 8654 a. d. St. d. Stg.

Kaufmann
aus der Getreide- und
Mühlenbranche, welcher
längere Zeit eine Mühle
geleitet hat, lucht vom
1. 7. 22 Stellung als Ge-
schäftsführer oder Leiter
einer Mühle. Offerten
u. C. 6853 a. d. C. d. Stg.
Verh. Inspektor
sucht Stellung v. 1. Juli
auf e. Gut unter Zeit. d.
Chefs od. als Selbständ.
Gute Zeugnisse liegen zu
Dienst. Letzte Stell. 10 J.
Geht. Off. erbeten unter
B. 8602 an die St. d. Stg.
Landwirtschtochter
ev., 21 J. alt, aus besser.
Fam., lucht, um d. Wirt-
schaft zu erlern. Stel-
lung auf größer. Gute
bei Famil.-Anschl. ohne
gegen. Vergütung zum
1. Juli 22. Off. u. B. 8486
an d. St. d. Stg. erb.